

Lernen aus der Geschichte

LaG - Magazin

Rechtsextremismusprävention und

Demokratieerziehung

03/2012

14. März 2012



Zur Diskussion

Rechtsextremismus, Geschichtsrevisionismus und die historisch-politische Bildung.....	5
Gedenkstätten und Erinnerungsorte: Lernen aus der Geschichte als Prävention von Rechtsextremismus?.....	12
Rechtsextremismusprävention und Demokratieerziehung durch Gedenkstätten – geht das?.....	16
„White Power“ in Wannsee.....	19
Kriegsgräber und historische Bildung gegen Geschichtsrevisionismus.....	22

Empfehlung Unterrichtsmaterial

Projektmöglichkeiten auf Kriegsgräbern.....	25
Arbeitsheft zu Rechtsextremismus in Köln.....	27

Empfehlung Bildungsträger

Everybody can be a change-agent.....	30
Initiativen gegen Rechtsextremismus.....	32

Empfehlung Web

Mut gegen rechte Gewalt und Netz gegen Nazis.....	36
---	----

Empfehlung Podcast

Podcasts zum Thema Rechtsextremismusprävention.....	38
---	----

Projektvorstellung

Themenpatenschaft.....	39
Demokratieerziehung an KZ-Gedenkstätten.....	40

Empfehlung Fachbuch

Pädagogik mit beschränkter Haftung: Politische Bildung gegen Rechtsextremismus.....	43
---	----

Liebe Leserinnen und Leser,

das neue LaG-Magazin hat es sich zur Aufgabe gemacht, danach zu fragen, ob und wie historisch-politische Bildung als ein Element der Rechtsextremismusprävention dienen kann. In den Medien oder der öffentlichen Diskussion trifft man häufiger auf die Hoffnung, ein Gedenkstättenbesuch oder andere Formen der Auseinandersetzung mit dem Holocaust könnten Rechtsextreme in ihrer Weltanschauung beeinflussen. Solche Erwartungen werden jedoch in der Fachdiskussion mehrheitlich zurückgewiesen.

Zu Recht wird auf ein Überstrapazieren historisch-politischer Bildung verwiesen und in Frage gestellt, ob ausgerechnet der Holocaust, dem die Abwesenheit jeglicher Menschenrechte für Jüdinnen und Juden immanent ist, als Folie für Rechtsextremismusprävention und Demokratiepädagogik dienen könne. Trotzdem kann historisch-politische Bildung Gesprächsanlässe schaffen, um sich auch mit gegenwärtigen Themen und Fragestellungen auseinanderzusetzen. Dabei muss sicherlich unterschieden werden, an wen sich Angebote richten: Handelt es sich um Präventionsarbeit mit Jugendlichen oder um die Arbeit mit überzeugten Rechtsextremist/innen, die sich mit ihren Ressentimentstrukturen gegen pädagogische Bemühungen als immun erweisen?

Die von uns angesprochenen Autor/innen beantworten die Fragestellung unserer Ausgabe differenziert unter verschiedenen Ge-

sichtspunkten sowie mit unterschiedlichen Nuancierungen.

Es entspricht der Thematik, dass sich in den von uns ausgewählten Projektbeispielen und Institutionen sowohl solche finden, die ausschließlich im Bereich der Arbeit gegen Rechtsextremismus tätig sind, als auch andere, die Schnittstellen zwischen politischer und historischer Bildung schaffen.

Peter Reif-Spirek widmet sich grundlegend dem Zusammenhang von Rechtsextremismus, Geschichtsrevisionismus und historisch-politischer Bildung anhand von Beispielen aus dem Freistaat Thüringen.

Michael Sturm und Heiko Klare beschreiben den Rahmen, in dem aus ihrer Perspektive historisch-politische Bildung über die Schaffung eines differenzierten Geschichtsbewusstseins einen Beitrag zur Rechtsextremismusprävention leisten kann.

Dr. Stefan Mühlhofer geht dem Gedanken nach, dass mehr Wissen über den Nationalsozialismus noch lange kein Weniger an Rechtsextremismus in der Gesellschaft bedeutet. Dennoch habe die Arbeit der Gedenkstätten zur Folge, dass der politische Einfluss rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien in der Bundesrepublik eher nicht höher ist.

Johannes Fülberth zeigt die Arbeit gegen Rechtsextremismus in den Studientagsangeboten der Gedenk- und Bildungsstätte

Haus der Wannsee-Konferenz auf.

Dr. John Cramer beschreibt am Beispiel der Kriegsgräberstätte Essel die Arbeit des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge gegen sogenanntes Heldengedenken und Geschichtsrevisionismus.

Sophia Oppermann beschreibt die Arbeit und die Zugänge von Trainingsplatz 7xjung, ein Ausstellungsprojekt von Gesicht Zeigen! in Berlin.

Hinweis in eigener Sache

Wir haben unsere Seite mit den Möglichkeiten zur finanziellen Unterstützung von LaG überarbeitet. Dort finden Sie beschrieben, wie Sie unser Portal mit verschiedenen Formen von Spenden unterstützen können.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre mit diesem LaG-Magazin. Die nächste Ausgabe erscheint am 18. April und trägt den Titel „Blockdenken und Kalter Krieg nach dem Zweiten Weltkrieg – Zwei deutsche Staaten zwischen Konfrontation und Entspannung“.

Herzliche Grüße,

Ihre LaG-Redaktion

„Immer schön arisieren“

Rechtsextremismus, Geschichtsrevisionismus und die historisch-politische Bildung

Peter Reif-Spirek

Während der NPD in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern der Wiedereinzug in beide Landesparlamente gelang, was auf ein verfestigtes, kommunal verankertes und mobilisierungsfähiges rechtsextremes Milieu verweist, blieb ihr bei der von ihr ausgerufenen Schicksalswahl in Sachsen-Anhalt 2011 dieser Erfolg versagt. Wie bei den Thüringer Landtagswahlen 2008 führte die Gegenmobilisierung sozusagen last minute zu einer gestiegenen Wahlbeteiligung, so dass die NPD knapp an der 5%-Hürde scheiterte. Auch in Sachsen-Anhalt waren und sind die Grenzen zwischen der NPD und der offen neonazistischen Szene sogenannter freier Kameradschaften fließend. Interne Mails des NPD-Landesverbands zeigten nicht nur das Gewaltpotential dieser Szene, sondern auch ihr programmatisch-propagandistisches Anknüpfen an die ideologischen Traditionsbestände des Nationalsozialismus. „Immer schön arisieren“ forderte NPD-Spitzenkandidat Mathias Heyder in Bezug auf die Gestaltung einer Wahlkampfkarte, die kostenloses Schulessen nur für deutsche Kinder forderte, „sonst wird's unglaublich, wenn wir für Negerkinder Brote fordern“. Dass es nach dem völkisch-rassistischen Weltbild der NPD keine Deutschen mit anderer Hautfarbe geben kann und Migranten nicht durch Einbürgerung

Deutsche werden, ist dabei evident. Offener Rassismus heute in der früheren Sprache des NS-Regimes artikuliert – selten sind die offenkundigen Verbindungslinien zwischen der Verklärung des NS-Regimes, der Rechtfertigung ihrer Terrorpraktiken gegen die jüdischen Bürger, hier ihrer Enteignung, und den aktuellen rassistischen Ausgrenzungspraktiken des Rechtsextremismus so eindeutig auf den Begriff gebracht worden.

Beispiele aus dem Thüringer Geschichtsrevisionismus

Die enge Verzahnung von NPD und sogenannten freien Kameradschaften hat die extreme Rechte gerade in Thüringen schon immer geprägt, und geschichtsrevisionistische Aktivitäten haben eine wichtige Scharnierfunktion zwischen den unterschiedlichen Subströmungen.

Seit Jahren führt die extreme Rechte auch in Thüringen Veranstaltungen zur Glorifizierung des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß durch. Ebenso regelmäßig organisieren sie am Volkstrauertag in Anlehnung an den „Heldengedenktag“ der Nationalsozialisten „Heldengedenken“, um die Wehrmachtverbrechen zu relativieren und zu leugnen. Auch der vorpolitische und subkulturelle Raum des RechtsRock ist in Thüringen präsent: durch zahlreiche Bands, wichtige Vertriebsstrukturen und Szene-Events mit überregionaler Ausstrahlung. Die Neonazis bedienen sich des RechtsRocks, weil sie sich der Bedeutung bewusst sind, mit der Musik ihre antisemitischen und rassistischen Inhalte vermitteln zu können. Die zahlrei-

chen positiven Bezugnahmen auf den Nationalsozialismus sind evident: Bands wie z.B. SKD aus Gotha nennen sich nach dem SS-Sonderkommando Dirlwanger und singen Loblieder auf „Führer Adolf“. Hier hat sich eine rechtsextreme Parallelwelt entwickelt, die zu fast jedem Unterthema des Nationalsozialismus ihre Legendenbildungen, Verschwörungsphantasien und Geschichtslügen bereithält.

In einem Interview mit der ARD-Fernsehsendung KONTRASTE 2005 äußerte sich der Thüringer NPD-Landesvorsitzende Frank Schwerdt zu der programmatischen Zielvorstellung eines „nationalen Sozialismus“: „Wir bevorzugen....einen Sozialismus, der sich hier auf dieses Land bezieht, auf die Nation. Deswegen sagen wir ‚Nationaler Sozialismus‘“. Auf die Nachfrage, ob damit der Nationalsozialismus gemeint sei, antwortete Schwerdt: „Man kann das so bezeichnen“ (Dornbusch/Raabe, 14f) und zeigt damit, dass es sich bei dem „nationalen Sozialismus“ nur um eine programmatische Deckadresse handelt.

Die Leugnung oder Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen hat in der extremen Rechten lange Tradition, die bereits unmittelbar nach 1945 einsetzte. Sie ist ein verbindendes Band in der häufig auch zerstrittenen Szene. Das Wachhalten der Erinnerung an die Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen hat der politischen Wirksamkeit des Rechtsextremismus in Deutschland immer wieder Grenzen gesetzt.

Der Kampf gegen eine demokratische Geschichtskultur ist daher kein zufälliges Agitationsfeld, sondern nachgerade konstitutiv für die extreme Rechte hierzulande.

Dieser Geschichtsrevisionismus bleibt nun keineswegs auf die organisierte Szene beschränkt, sondern findet durchaus einen gesellschaftlichen Resonanzboden, wie der alljährlich von der Landesregierung in Auftrag gegebene Thüringen-Monitor zeigt. Nach dem aktuellen Monitor 2011 befürworten 14% der Thüringer unter Umständen eine rechte Diktatur „im nationalen Interesse“, und 19 % attestieren dem Nationalsozialismus gute Seiten. Der Anteil rechtsextremer Einstellungen in der Thüringer Bevölkerung ist wieder auf 17 % angestiegen. Auch unterhalb erfolgreicher Wahlpolitik prägen solche Einstellungen die Mentalitätsstrukturen und sind ein Hindernis für eine bunte, demokratische politische Kultur. Manch Abgesang auf die politisch-historische Bildungsarbeit erweist sich vor dem Hintergrund solcher Befunde als vorschnell.

Ohne mehr Wissen geht es nicht

Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr (und bessere) historisch-politische Bildungsarbeit zum Nationalsozialismus. Diese Forderung scheint auf den ersten Blick überraschend. Denn obwohl zahlreiche Studien gravierende Wissensdefizite über die Zeit des Nationalsozialismus konstatieren, wird vielfach vor einer Übersättigung gewarnt, die gerade bei Jugendlichen zu Abwehrreaktionen führe. Die empirische Basis solcher

Warnungen scheint mir wenig tragfähig zu sein. Die Jugendlichen wissen zu wenig und sind zugleich von dem Thema medial umstellt, weil kaum ein Tag vergeht, in der sich nicht ein Film der historischen Kulisse des Nationalsozialismus bedient, ohne zu dessen Aufklärung beitragen zu können.

Wir haben als Pädagog/innen eine gewisse Bringschuld. Zu Recht hat Klaus Ahlheim darauf hingewiesen, dass wir „den Jugendlichen mehr und nicht weniger Wissen schuldig (sind), und zwar lebendiges, erschließendes, exemplarisches Wissen, Wissen, das die Frage der Macht, der Interessen (auch der ökonomischen), das Konflikte nicht auspart, sondern thematisiert. Wissen, das die Kenntnis der Fakten einschließt und doch mehr ist als die bloßen Fakten, das die Dinge erklärt und ordnet, das Zusammenhänge herstellt und so Verstehen und Handeln möglich machen kann und das den Schülern und Jugendlichen zugleich Raum lässt, ihre eigene Position zu entwickeln“ (Ahlheim, 26). Solche Lernformen finden am ehesten immer noch im außerschulischen Bereich statt, in Gedenkstätten, aber auch in konkreten regionalgeschichtlichen Spurensuchen.

Die historisch-politische Bildungsarbeit zum Nationalsozialismus nimmt einen wichtigen Stellenwert im Programmprofil der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen ein. Dazu gehören mehrtägige Projektstage an KZ-Gedenkstätten, regelmäßige Fortbildungsseminare im Lehrer/innen-, aber auch Polizeibereich sowie zahlreiche Einzelveran-

staltungen. In diesem Arbeitskontext wurden auch drei regionalgeschichtliche Wanderausstellungen auf den Weg gebracht: In Zusammenarbeit mit der Thüringer Polizei und der Gedenkstätte Buchenwald entstand eine Ausstellung zur „Gestapo im NS-Gau Thüringen“, in Zusammenarbeit mit dem Institut für Geschichte der Medizin und dem damaligen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen die Ausstellung „Überweisung in den Tod“ über die Kindereuthanasieverbrechen in Thüringen und die Ausstellung zur „Arisierung“ in Thüringen. Zu allen Themen erschienen umfangreiche Quellendokumentationen im Rahmen der LZT-Reihe „Quellen zur Geschichte Thüringens“; zur „Arisierung“ erschien zusätzlich ein biographischer Band, der Einzelschicksale dokumentiert. Solche Projekte leisten einen wichtigen Beitrag gegen das Verdrängen der nationalsozialistischen Vergangenheit und sind für sich genommen schon ein Dementi der rechtsextremen Forderung nach einem „Schlussstrich unter die Vergangenheit“. Sie informieren am Beispiel des jeweiligen konkreten Ausstellungsgegenstands über den aktuellen Stand der wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und stellen dem rechtsextremen Geschichtsrevisionismus und seiner Verharmlosung des NS-Staats solides Gegen-Wissen entgegen.

Gerade das Lernen an Berufs- und Lokalgeschichten bietet ein enormes Potential. Diese Geschichten zeigen, dass sich die NS-Verbrechen nicht an einem fernen Ort

Keine Überforderung von historischer Bildung und Gedenkstättenarbeit

abgespielt haben (als die selbst nahe KZ-Gedenkstätten manchmal empfunden werden), sondern dass sie eingebunden waren in die jeweiligen Dorfgemeinschaften und Stadtgesellschaften, sich also wirklich in unmittelbarer Nachbarschaft abgespielt haben. Sie zeigen, wie Nachbarn sich entscheiden konnten und entschieden haben - Gehe ich noch ins jüdische Geschäft nebenan? Halte ich den persönlichen Kontakt zu meinem jüdischen Nachbarn aufrecht? - und durch ihre Entscheidungen einen sozialen Alltag konstituierten, in dem zuerst die Entrechtung, dann die Enteignung und schließlich auch die Deportation und Ermordung der jüdischen Bürger möglich wurden. So etablierte sich eine entsolidarisierte „gesellschaftliche Wirklichkeit, in der zwei Kategorien von Menschen geschaffen wurden: solche, die als ‚arische‘ oder ‚deutsche‘ Menschen zum Universum allgemeiner Verbindlichkeiten gehörten – für die also soziale Werte wie Mitleid, Solidarität, Nächstenliebe nach wie vor in Geltung waren -, und solche, die zu diesem Universum nicht gehörten...“ (Welzer, 50) Die Projekte zur „Arisierung“ verweisen auf die Täter im sozialen Nahbereich oder in den Worten des Holocaust-Überlebenden Primo Levi: „Es gibt die Ungeheuer, aber sie sind zu wenig, als dass sie wirklich gefährlich werden könnten. Wer gefährlicher ist, das sind die normalen Menschen.“ (Welzer, 12) Das ist ein sehr ungemütlicher Befund.

Die historisch-politische Bildungsarbeit kann einiges an demokratischer Sensibilisierung bewirken. Sie muss aber auch überhöhte und unrealistische Erwartungen zurückweisen, die immer wieder an sie herangetragen werden. Sie ist ein spezifisches Lernfeld, aber keine Allzweckwaffe gegen den Rechtsextremismus. Historische Bildungsarbeit ist auch kein Ersatz für antirassistisches Lernen und pädagogische Projekte gegen Fremdenfeindlichkeit.

Eine wirksame Strategie gegen den Rechtsextremismus wird jenen spezifischen politischen Interaktionszusammenhang auflösen müssen, in dem hohe Gewaltbereitschaft, organisierter Rechtsextremismus, fremdenfeindliche Einstellungen in breiten Bevölkerungsschichten und „leere Institutionen“ (Heitmeyer, 47ff) zusammenwirken und in den neuen Bundesländern zu einer rechten Alltagskultur führen, in der die alltägliche Diskriminierung von Fremden und Anderen überhaupt nicht mehr als Problem wahrgenommen wird, sondern als normal und berechtigt gilt. Es versteht sich von selbst, dass eine solche komplexe Gegenstrategie gegen den Rechtsextremismus über pädagogische Projekte, zumal der historischen Bildungsarbeit und der Gedenkstättenprojekte, hinausgehen muss. Pädagogisches Handeln bewegt sich zudem immer im strukturierten Feld, das durch objektive gesellschaftliche Verhältnisse und politische Vorgaben ge-

prägt ist. Pädagogik kann keine Umbrucherfahrungen außer Kraft setzen. "Pädagogische Programme und Projekte, Seminare und Reisen, Curricula und Fortbildungen bewirken langfristig viel. Aber: Sie können nie und nimmer ausgleichen und korrigieren, was das allen in Fernsehen, Funk und Presse erfahrbare Handeln der Regierenden an Haltungen stilbildend durchsetzt". (Brumlik, 835)

Das pädagogische (und politische) Problem besteht ohnehin nicht in der Ansprache ideologisch verfestigter Rechtsextremisten, sondern in ihrer Isolierung in ihrem Umfeld. "Wir haben da zwei, die sind etwas extrem", heißt es häufig, wenn ich zu Schulvorträgen eingeladen werde. Die als "etwas extrem" geschildert werden, erweisen sich als hardcore-Nazis. Ihre Mitschüler, die selbst keine Schwierigkeiten haben, sich vom Nationalsozialismus zu distanzieren, finden sie „zu krass“, während sie zugleich fremdenfeindliche Argumentationsmuster und Phantasien teilen. Bei vielen Jugendlichen koexistieren demokratische und fremdenfeindliche Einstellungen. Historisches Wissen und aktuelles Verhalten bleiben bei vielen Jugendlichen heute entkoppelt. Betroffenheit um die Opfer des Nationalsozialismus muss nicht vor fremdenfeindlichen Einstellungen heute immunisieren. Und umgekehrt stellte Ulrich Herbert zurecht gegen die pädagogische Inanspruchnahme des Nationalsozialismus fest: „Auch ohne jemals etwas über das Dritte Reich und den Judenmord gehört zu haben, sollte man wissen, dass man keine

Menschen anzündet.“ (Herbert, 566)

Rechtsextreme Ideologie und diskriminierende Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft wie Fremdenfeindlichkeit bilden einen Interaktionszusammenhang, aber sie sind nicht identisch. Wenn Jugendliche sich fremdenfeindlich, autoritär und diskriminierend äußern, ist das in der Regel nicht das Ergebnis rechtsextremer Geschichtspropaganda. Solche subjektiven Verarbeitungsweisen gesellschaftlicher Umbrüche und alltäglicher Desintegrationserfahrungen besitzen für die Individuen Rationalität, weil ihnen nationalisierende und ethnisierende Interpretationen Halt, Anerkennung und Weltsicherheit bieten – und gerade deshalb sind sie so schwer durch Aufklärung allein aufzubrechen. Je verdichteter diese Vorurteilsstrukturen und je tiefer solche Einstellungen psychisch verankert sind, um so schwieriger wird die pädagogische Intervention. Die Auseinandersetzung mit diesen Jugendlichen muss daher in der Gegenwart und von ihrer gegenwärtigen Situation ausgehend geführt werden. Dabei müssen ihre jeweiligen, sozial durchaus unterschiedlichen Zugänge zu menschenfeindlichen Einstellungen konkret, d.h. auf der Ebene ihrer jeweiligen Konstruktionsmuster bearbeitet werden. Hier existiert ein breites Feld sinnvoller pädagogischer Eingriffe, die problematische Einstellungen im Alltagsverständnis zurückdrängen können. Dabei geht es immer um eine Verbindung von (Selbst-) Aufklärung - nicht als autoritäre Belehrung, sondern als gemeinsame Arbeit an den sub-

jektiven Erfahrungen und Weltverständnissen - und dem Machen anderer demokratischer und nichtausgrenzender sozialer Erfahrungen.

Gedenkstättenprojekte und historisch-politische Bildungsarbeit müssen daher in einen breiteren Lernkontext eingebettet sein und können dabei auch eigenständige Akzente setzen, wenn es gelingt, Verbindungslinien zu aktuellen Diskriminierungserfahrungen aufzuzeigen (ohne zugleich den NS-Terror zu banalisieren). Dafür ist es sicherlich sinnvoll, wieder stärker die frühe Herrschaftsphase des Nationalsozialismus in der Bildungsarbeit zu thematisieren, um die ersten Schritte zur Beseitigung der Menschenrechte, zur Entrechtung und Ausbürgerung von Minderheiten in den Blick zu nehmen.

„Kraft zur Selbstbestimmung, zum Nicht-Mitmachen“ (Adorno)

Historisch-politische Bildung geht es nicht um die Beschäftigung mit einem abgeschlossenen Kapitel deutscher Geschichte, sondern immer auch um die Frage des Fortdauerns jener Bedingungen, die die nazistischen Verbrechen ermöglichten.

Es gibt hierbei keine zivilisatorische Sicherheit. Die Menschenrechte basieren nur auf gesellschaftlicher Übereinkunft. An diesem Gesellschaftsvertrag ist jeder Einzelne mit seinem Votum und seinem alltäglichen Handeln beteiligt.

Historisch-politische Bildungsarbeit hat eine nicht zu unterschätzende, das demo-

kratische Engagement verstärkende Funktion für die aktiven Bürger/innen, die sich gegen den Rassismus und andere Ausgrenzungspraktiken wehren wollen. Indem sie diese stärkt und argumentativ qualifiziert, festigt sie die demokratische politische Kultur und leistet damit auch einen präventiven Beitrag gegen den Rechtsextremismus.

Historisch-politisches Lernen zielt immer auf die Gegenwart. Es geht um unsere heutige Gesellschaft und unsere tagtäglichen Verhaltensmuster, die der (Selbst-)aufklärung bedürfen. Historische Rekonstruktion allein könnte auch zur Entlastung der Gegenwart und der eigenen Verantwortung führen. Es geht um eine Selbstreflexion mit historischem Blick, mit dem Wissen um die Möglichkeit des Verlusts jeder zivilisatorischen Sicherheit.

In Konfrontation mit dem historischen Material und den dokumentierten Handlungsalternativen von Hilfe und Entsolidarisierung, von Widerständigkeit, Anpassung und Mittäterschaft wirft jedes dieser Projekte Fragen an uns selbst zurück: Warum nehme ich es heute hin, dass in dieser Gesellschaft Menschen stigmatisiert und ausgegrenzt werden? Es geht um eine Erinnerungsarbeit, die gefährliche Fragen an die heutige Gesellschaft stellt. Und es geht um eine grundlegend veränderte pädagogisch-politische Kultur, die Nonkonformismus, Zivilcourage und Empathie fördert, also Kompetenzen, die jene Helferpersönlichkeiten ausgezeichnet haben, die im National-

sozialismus verfolgte Menschen unterstützt haben. „Kraft zur Selbstbestimmung, zum Nicht-Mitmachen“ (Adorno, 93) sind die nach wie vor unbequemen Leitideen einer „Erziehung nach Auschwitz“, ein Programm, das weit über die Vermittlung historischen Wissens zum NS-Staat hinausgeht.

Endnote

(1) Taz-Dokumentation: NPD-Leak in der taz. http://www.taz.de/1/politik/deutschland/npd-mails/W.Schmidt/AndreasSpeit:Nazis_scheitern_an_5%_In:taz_vom_20.3.2011.

Literatur

Theodor W. Adorno: Erziehung nach Auschwitz. In: Erziehung zur Mündigkeit. Frankfurt am Main 1971.
Klaus Ahlheim: „Wer nichts weiß, muss alles glauben“. Anmerkungen zur Didaktik historisch-politischer Jugendbildung. In: ders.: Erinnern und Aufklären. Hannover 2009.
Micha Brumlik: Über die Verwechslung von Standortpolitik und Verantwortung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/2000, S. 830 ff.
Christian Dornbusch/Jan Raabe. Die extreme Rechte in Thüringen, Erfurt 2008 (Schriftenreihe der LZT).
Wilhelm Heitmeyer: Sozialräumliche Machtversuche des ostdeutschen Rechtsextremismus. Zum Problem unzureichender politischer Gegenöffentlichkeit in Städten und Kommunen. In: Peter E. Kalb/Karin Sitte/Christian Petry: Rechtsextremistische Jugendliche - was tun? Weinheim/Basel 1999.
Ulrich Herbert: „Ein Element der Verunsicherung, der Irritation, des Erschreckens“. Der Umgang mit der NS-Vergangenheit und die Entschädigung von Zwangsarbeitern. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2000, S. 566.

Harald Welzer: Täter. Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden. Frankfurt am Main 2005.

Der Beitrag erscheint in einer erweiterten Fassung in dem von der Sparkassen-Kulturstiftung Hessen-Thüringen herausgegebenem Band „Ausgegrenzt und ausgeplündert. Judenverfolgung in Thüringen 1933-1945. Zur Bilanz eines Wanderausstellungsprojektes“ (i.E., März 2012)

Über den Autor

Peter Reif-Spirek ist Politologe und stellvertretender Leiter der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen

Gedenkstätten und Erinnerungsorte: Lernen aus der Geschichte als Prävention von Rechtsextremismus?

Von Heiko Klare und Michael Sturm

„Wir würden gern bei Ihnen was zum Nationalsozialismus machen. Wir haben hier immer wieder Jugendliche, die Parolen gegen Muslime bringen.“ Regelmäßig melden sich Lehrerinnen und Lehrer in Gedenkstätten zum Nationalsozialismus mit Anliegen wie diesem – und sind irritiert, wenn die Mitarbeiter/innen dann erklären, dass es so einfach nicht sei. Der Richter eines Amtsgerichts in Westfalen ist zudem ehrlich verwundert: Wieder hat er es mit einem Neonazi zu tun, der wegen gewalttätiger Übergriffe auf seine Gegner angeklagt ist. Der Besinnungsaufsatz zum Thema Auschwitz, der dem Delinquenten bei einem vorherigen Prozess auferlegt wurde, scheint nicht den erhofften Erfolg gebracht zu haben.

Die sich anschließende Erkenntnis ist nicht neu. Die Konfrontation mit den Schrecken des Nationalsozialismus, sei es im Geschichtsunterricht, in Gedenkstätten oder an anderen Erinnerungsorten führt nur in den seltensten Fällen zu der erhofften Immunisierung gegen aktuellen Rechtsextremismus und Rassismus. Bereits vor einigen Jahren konstatierte etwa Jan Philipp Reemtsma provokant: „Ganz absurd wird aber das pädagogische Bemühen dort, wo Gedenkstätten etwas sein sollen, wie Orte der Umkehr [...]. Was denkt man sich eigentlich? Dass einer sagt, wenn er gehaut hätte, dass man in den Lagern Asoziale umgebracht habe, dann

hätte er seinerseits den Penner nicht zusammengeschlagen?“

Die Betroffenheit, die beispielsweise der Besuch einer KZ-Gedenkstätte bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen hervorruft, hält sie nicht davon ab, sich schon auf der Heimfahrt abfällig über „die Ausländer“ oder „den Islam“ zu äußern beziehungsweise Mitschülerinnen und Mitschüler zu mobben. Aktuelle gesellschaftliche Debatten, die eigene Verstrickung in alltägliche Rassismen sowie die jeweilige Sozialisation überlagern die – teils auch nur von (Gedenkstätten-)Pädagog/innen gewünschten – Erkenntnisse aus Seminarprogrammen und Gedenkstättenfahrten. Warum findet hier offenbar kein Lernen aus der Geschichte statt?

Zum einen lassen sich der erhoffte Transfer und die Abstraktion des Erlebten nicht erzwingen. Schülerinnen und Schüler fällt, gerade wenn sich die Beschäftigung vor allem auf der Ebene des Erinnerns abspielt, diese Übertragung in die eigenen Lebensverhältnisse schwer. Die Lehren aus der Geschichte werden somit nicht gezogen und auf die Gegenwart übertragen. Vielmehr bleibt die Betroffenheit auf das konkrete historische Ereignis oder den Schauplatz des Verbrechens beschränkt. Zum anderen kann der eingangs beschriebene Ansatz, nach rechts-extremen Vorfällen in Schulen und Jugendzentren oder -bildungseinrichtungen mit dem Besuch einer Gedenkstätte oder einem Zeitzeugenvortrag zum Nationalsozialismus zu reagieren, sogar kontraproduktiv wirken. Durch die Verlagerung in einen rein histo-

rischen Kontext blockiert dieser Zugang womöglich die eigentlich notwendige Auseinandersetzung mit eigenen Demokratiedefiziten und ressentimentgeladenen Selbstbildern. Eine Reflexion des eigenen Verhaltens findet also nicht statt.

Dennoch kann historisch-politische Bildung in Gedenkstätten und anderen außerschulischen Lernorten einen wichtigen Beitrag im Rahmen einer aus verschiedenen Methoden und Zugängen bestehenden Rechtsextremismusprävention leisten. Den Ausgangspunkt einer solchen Einbindung bildet die Grundannahme, dass Rechtsextremismus und Rassismus die Gleichheit der Menschen sowie die universale Gültigkeit der Menschenrechte verneinen. Ein reflektiertes Geschichtsbewusstsein, das durch Multiperspektivität und grundlegende historische Kenntnisse über die Entwicklung der deutschen und europäischen Geschichte geprägt ist, trägt dazu bei, solche Ideologien der Ungleichwertigkeit und extrem rechte Geschichtsmymen in Frage zu stellen.

Dies kann auf unterschiedliche Weise geschehen. Einige Aspekte sollen hier schlaglichtartig genannt werden:

Gedenkstätten stellen Orte dar, an denen Geschichte im wahrsten Sinne des Wortes greifbar wird. Damit ist mehr und mehr aber auch der Anspruch verknüpft, nicht nur als gleichsam sakrale Stätten des Erinnerns oder als historisierende Museen zu firmieren, sondern auch und besonders einen „diskursiver Raum“ (Volkhard Knigge)

zu eröffnen, um auf neue Herausforderungen zu reagieren. Zu nennen sind hier beispielsweise der demographische Wandel, die Ausdifferenzierung der Besucher/innenstruktur sowie das sich abzeichnende Ende der Zeitzeugenschaft.

Dieser Anspruch ist nur einzulösen durch eine Hinwendung zu den Besucher/innen mit ihren jeweils eigenen Hintergründen, Sozialisationen, Narrationen und Erwartungen sowie der Möglichkeit, offen zu diskutieren und Antworten nicht im Sinne einer sozialen Erwünschtheit vorzugeben oder Betroffenheit zu erwarten beziehungsweise hervorrufen zu wollen.

Bislang sind nicht zuletzt die Gedenkstätten zum Nationalsozialismus oftmals immer noch stark von den erinnerungskulturellen Kontexten ihrer Entstehungszeit geprägt, die mittlerweile teilweise mehrere Jahrzehnte zurückliegen. Zu fragen wäre daher, in welchem Maße die dort präsentierten Narrationen, Gestaltungselemente und pädagogischen Angebote, den Erfahrungen, Fragen, Seh- und Hörgewohnheiten heutiger, zumal jugendlicher Besucherinnen und Besucher entsprechen. Die in Gedenkstätten vielfach gewählten biografischen Zugänge zum historischen Geschehen im Nationalsozialismus sind zwar grundsätzlich ein erfolgversprechender Weg, um die große Geschichte herunterzubrechen. Nicht selten erscheinen jedoch die Lebenswege und Handlungsmuster der in den Ausstellungen vorgestellten Biografien widerständiger Akteur/innen beispielsweise aus den Reihen der Kirche

oder der Arbeiterbewegung Schülerinnen und Schülern aus ihrem heutigen Erleben oft kaum noch greifbar.

Aus dieser Wahrnehmung entsteht, wie etwa Volkhard Knigge betont, die Notwendigkeit, von einer zunehmend ritualisierten „Erinnerung an die Vergangenheit“ zu einer „Auseinandersetzung mit der Vergangenheit“ zu kommen. Erfolgversprechende Konzepte denken diese Auseinandersetzung von der Zielgruppe her. Sie bieten Anknüpfungspunkte, etwa anhand von forschendem Lernen im Stadtteil im Sinne des bereits in den 1970er Jahren vom schwedischen Historiker Sven Linqvist erhobenen und von der Geschichtswerkstättenbewegung aufgegriffenen Postulats: „Grabe, wo du stehst!“ Somit eröffnen sich Möglichkeiten für einen Transfer der behandelten Inhalte in die Lebenswelt und das Umfeld der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie für die Hervorhebung von Gemeinsamkeiten, etwa in der Arbeit mit heterogenen Gruppen, die über die verbindende Identifikation mit ihrer Straße eine gemeinsame Geschichte erarbeiten können.

Die Beschäftigung mit Denkmälern (beispielsweise Ehrenmalen) bietet sich zudem an, um Geschichte auch in den Angeboten von NS-Gedenkstätten nicht nur auf die Zeit von 1933 bis 1945 zu beschränken, sondern die Vor- und Nachgeschichte sowie -wirkungen des Nationalsozialismus ebenso zu thematisieren, wie den Konstruktionscharakter von Geschichte.

Schlussendlich gilt es, auch in außerschulischen Lernorten und Gedenkstätten eine zeitgemäße Vorstellung von Rassismus zu entwickeln, die der Konstruktion des Anderen keinen Vorschub leistet, sondern die Herausforderungen und Chancen der Migrationsgesellschaft annimmt. Notwendig scheint hier zudem, die Verengung des Rassismusbegriffs auf die NS-Zeit aufzubrechen und die Entstehungsgeschichte bis heute wirkmächtiger Bilder aus der Kolonialzeit in den Blick zu nehmen, um einen Beitrag zu deren Dekonstruktion zu leisten. Dabei ist es unabdingbar, mögliche Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen von Besucher/innen sowie die damit einhergehenden Auswirkungen auf die jeweiligen Geschichtsbilder zu reflektieren.

Insofern stellt sich für viele Gedenkstätten in Deutschland die Herausforderung, Präsentationsformen und pädagogische Angebote den vielstimmigen Erfahrungshorizonten der Einwanderungsgesellschaft anzupassen. Bislang erscheint die Erinnerungskultur als vorwiegend spezifisch deutsch.

Die Beschäftigung mit Rassismus und aktuellem Rechtsextremismus kann also nicht nur aus einer historischen Perspektive vollzogen werden. Historisch-politische Bildung kann aber als ein Bestandteil umfassender Präventionsbemühungen und unter den oben genannten Voraussetzungen zu einer fundierten Auseinandersetzung beitragen.

Über die Autoren

Heiko Klare, Jahrgang 1981, Diplompädagoge und Mitarbeiter der Mobilen Beratung im Regierungsbezirk Münster. Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie (mobim) im Geschichtsort Villa ten Hompel, Münster

Michael Sturm, Jahrgang 1972, Historiker und Mitarbeiter der Mobilen Beratung im Regierungsbezirk Münster. Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie (mobim) im Geschichtsort Villa ten Hompel, Münster

Kontakt

Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster. Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie (MOBIM)
c/o Geschichtsort Villa ten Hompel der
Stadt Münster

Kaiser-Wilhelm-Ring 28

48145 Münster

0251 / 4927109

kontakt@mobim.info

www.mobim.info

Rechtsextremismusprävention und Demokratieerziehung durch Gedenkstätten – geht das?

Von Stefan Mühlhofer

In der deutschen Politik wird in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus bis heute die These vertreten, dass umfangreiches Wissen über die Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft immun mache gegen Antisemitismus, Rassismus und jede andere Art von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Besonders die Gedenkstätten spielen in dieser Argumentation eine besondere Rolle: Ein mehrtägiger Besuch in Auschwitz mache doch jeden zum erklärten Antifaschisten.

Wie kam es überhaupt zur Einrichtung von Gedenkstätten in der Bundesrepublik? Nach Jahrzehnten des Verschweigens und Nichtsehenwollens in der jungen Bundesrepublik wird erst seit den 60er Jahren intensiver an die eigene verbrecherische Vergangenheit der NS-Zeit erinnert. Relativ spät kam es daher zur Einrichtung von Gedenkstätten. Die 1965 in Dachau errichtete Dauerausstellung konfrontierte die bundesrepublikanische Öffentlichkeit erstmalig damit. Zwar existierte bereits seit 1952 in der Gedenkstätte Plötzensee ein Dokumentationsraum, dies ist aber einer Erinnerungsstätte an den bürgerlichen deutschen Widerstand und weniger eine Erinnerungsstätte an deutsche Verbrechen. Nach langen und zum Teil heftigen politischen Auseinandersetzungen sind erst seit den 1980er Jahren die Gedenkstät-

ten – ihre Errichtung und ihr Betrieb – ein anerkannter Sektor der Kulturpolitik. Inzwischen gilt die Arbeit in den Gedenkstätten und insgesamt das Vergegenwärtigen der von Deutschen begangenen Verbrechen während der NS-Herrschaft international als vorbildlich.

Dennoch: Trotz dieser intensiven Arbeit hält sich auch weiterhin rechtsextremes Gedankengut in unserer Gesellschaft. Dies reicht von rassistischen Äußerungen am Stammtisch über offen rechtsextreme agierende Gruppen bis hin zu den Terroristen des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU). 2010 zählt der Verfassungsschutzbericht des Bundes über 16.000 Straftaten der rechtsextremen Szene, die bundesweit auf etwa 25.000 Personen geschätzt wird. Die renommierte Amadeu Antonio Stiftung weiß aktuell von 182 Todesopfern rechter und rassistischer Gewalt seit 1990 zu berichten.

Zudem zeigen neuere Untersuchungen zu rassistischen, antisemitischen und fremdenfeindlichen Einstellungen in der deutschen Gesellschaft, dass mehr als 10 Prozent der deutschen Bevölkerung ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild haben. Bei den Einzelfelduntersuchungen des Bielefelder Instituts von Wilhelm Heitmeyer über „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ liegen die Zahlen sogar weit über 20 Prozent.

Übernimmt man die eingangs genannte These aus der politischen Diskussion, dann

widersprechen sich die zwei oben ausgeführten Tendenzen. Auf der einen Seite stehen die nicht nur in Gedenkstätten, sondern auch in den Schulen und allen Medien präsentierten dichten Informationen zum Nationalsozialismus und dessen Verbrechen. Auf der anderen Seite steht eine gegenüber Minderheiten abwertende Haltung in breiten Kreisen der Bevölkerung und zudem eine öffentlich agierende rechtsextreme Szene.

Es stellt sich folglich die Frage, ob Gedenkstätten mit Ihrer Arbeit gescheitert sind. Dem ist eindeutig zu widersprechen. Vielmehr trägt die Gleichung „mehr Wissen über den Nationalsozialismus = weniger Rechtsextremismus“ nicht. Denn damit wird die Arbeit in den Gedenkstätten und im Grunde die gesamte historische Forschung überfrachtet.

Vielmehr zeigt die Aufklärungsarbeit in den Gedenkstätten in zweierlei Hinsicht Wirkung. Sie hat es zwar nicht geschafft abwertende und ausgrenzende Einstellungen gegenüber Minderheiten in unserer Gesellschaft zu eliminieren, aber die Aufklärung über die Verbrechen des Nationalsozialismus hat doch dazu geführt, dass rechtsextreme und offen rechtspopulistische Parteien in Deutschland zur Zeit keinen wirklichen politischen Einfluss haben. Oder anders ausgedrückt: Auch wenn man rechtsextreme Einstellungen hat, wählt man in der Regel nicht die dazu passende Partei.

Doch sehen die Gedenkstätten ihre Aufgabe

weit darüber hinaus. Bis in die 1990er Jahre beschäftigten sie sich in erster Linie mit Opfern der NS-Gewaltherrschaft. Seit einigen Jahren findet ein Perspektivwechsel statt, denn auch die Biographien und Motivationen der Täter stehen jetzt im Blickpunkt der Arbeit. Mit Täterprofilen wurde die breite Öffentlichkeit vor allem durch die Goldhagen-Debatte und die Wehrmachtsausstellung erstmals konfrontiert.

Zudem muss in der Arbeit der Gedenkstätten deutlich die verantwortliche Rolle der einfachen Deutschen an NS-Verbrechen klar gemacht werden. Nach allem, was derzeit bekannt ist, führte nicht ein weitgreifender ideologischer Fanatismus oder eine Massenpsychose zur Akzeptanz des sich immer deutlicher abzeichnenden Holocausts. Viel mehr waren es vier Dinge, die für die Planung und Durchführung der Shoah völlig ausreichend waren: Ein verbreitetes Desinteresse und die kaum vorhandene Einsicht, dass der Schutz von Minderheiten ein zentraler Wert einer Gesellschaft ist, Abstumpfung und Verdrängung.

Dies zeigt, wie die nationalsozialistische Herrschaft, der größte Zivilisationsbruch in der deutschen Geschichte, möglich war: Durch Mitmachen, Wegschauen und Ignorieren. Die Fragilität von Zivilisation wird dadurch erkennbar. Und diese Fragilität deutlich zu machen, ist ein wichtiges Arbeitsfeld von Gedenkstätten.

Zudem ist eine wichtige Aufgabe gerade der

lokalen Gedenkstätten, den Besucherinnen und Besuchern zu verdeutlichen, dass der Holocaust nicht ein Phänomen ist, der sich nur auf polnischem oder belarussischem Gebiet abspielte. Er geschah unmittelbar vor der eigenen Haustür. Es ist nicht weit zu einem Sammelpunkt für die Deportation der jüdischen Mitbürger/innen, einem ehemaligen Zwangsarbeiterlager, einem KZ-Außenlager oder einer Folterkammer der Gestapo.

Zum Ende noch ein Wort zu den organisierten, sich offen bekennenden Rechtsextremen. Besonders absurd ist der Versuch, Gedenkstätten zu Orten der Umkehr zu machen. Menschen, die sich in Diskriminierung, Schikanieren und Quälen hervorgetan haben, sollen lernen, wo das alles hinführen kann?

Es kann nicht ernsthaft geglaubt werden, dass ein rechtsextremer Straftäter einen Obdachlosen am Bahnhof nicht zusammengeschlagen hätte, wenn er gewusst hätte, dass in nationalsozialistischen Lagern sogenannte Asoziale umgebracht wurden. Oder um die Frage von Wolfgang Thierse zu beantworten: Man muss es nicht lernen, dass man Menschen nicht anzündet. Man weiß das. Und wenn man es nicht weiß, lernt man es auch nicht mehr. Sondern man lässt es hoffentlich, wenn man damit nichts mehr zu gewinnen hat, auch keinen heimlichen Beifall, und nur seine Freiheit auf Spiel setzt.

Über den Autor

Dr. Stefan Mühlhofer, geboren 1969, Studium der Geschichte und Klassischen Archäologie in Bamberg und Würzburg, Promotion in Erlangen. Seit 2008 Leiter der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache in Dortmund, von 2008-2011 zusätzlich Leiter der städtischen Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie

„White Power“ in Wannsee

Von Johannes Fülberth

Über die Gedankenwelt und mörderische Praxis der extremen Rechten lässt es sich am eindrücklichsten lernen, wenn man sich an einem Ort der Täter selbst befindet.

„Gegen jeden Krieg. Freiheit für alle Völker“- über diese Parole, die über dem Bild eines zielenden amerikanischen Soldaten, die Waffe im Anschlag, prangt, herrscht Klarheit: „Ganz klar: ein linker Aufkleber“ meint Kai, und auch die anderen Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Seminartages in der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz stimmen ihm da zu und begrüßen auch grundsätzlich die Aussage. Wer möchte nicht Frieden und Freiheit? Codes wie „88“ für „Heil Hitler“, „White Power“ als Glaube an die Überlegenheit der „weißen Rasse“ oder Lieder der neonazistischen Band Landser sind Schülerinnen und Schülern mittlerweile geläufig. Die eine oder andere hatte auch schon mal eine Schulhof-CD der NPD in der Hand - die Versuche der rechten Szene, Jugendliche an sich zu binden, beginnen so früh wie möglich. Auch dass Neonazis nur noch Sonntagabends im „Tatort“ Bomberjacke und Glatze tragen, im wirklichen Leben aber meistens ganz anders aussehen, ist den meisten bekannt.

Bei dem genannten Aufkleber liegen aber alle falsch.

Er stammt aus dem Spektrum der „Autonomen Nationalisten“ - der im Moment gewalttätigsten und agilsten Subszene der

neonazistischen Landschaft. Es herrscht in der Gruppe erst mal Fassungslosigkeit: Ist der Aufkleber reine Mimikry? Oder glauben die Freunde des „Dritten Reiches“ und damit die Freunde von Angriffskrieg und millionenfachem Mord, wirklich an ihre eigenen Parolen?

Ein Rundgang durch die Ausstellung der Gedenk- und Bildungsstätte und Arbeitsaufträge für die Kleingruppen stellen die historischen Bezüge her: In Raum 4 der Ausstellung hängt das Parteiprogramm der NSDAP, wo definiert wird, wer als „Volksgenosse“ galt. In Raum 5 wird der Angriff gegen Polen und die Sowjetunion thematisiert. Die Großmacht-Pläne für ein von Deutschland beherrschtes Osteuropa, das als Kolonie, Siedlungsraum und Reservoir für Sklavenarbeiter dienen sollte, lassen sich anhand einer Karte erläutern. Die ideologische Grundlage hierfür wurde bereits ein paar Räume vorher klar: Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus.

Der Aufkleber erscheint den Schülerinnen und Schülern nun im neuen Licht und sie beginnen scheinbar selbstverständliche Begriffe zu reflektieren: Wer ist denn mit „Völkern“ gemeint? Wie definierten die Nazis „Volk“? Und was geschah mit denen, die nicht dazu gerechnet wurden?

Das NPD-Programm, das, zurück im Seminar-Raum, analysiert wird, bietet ebenfalls Aufschlussreiches: „Die Systemparteien wollen sich durch Austausch des Volkes

an der Macht halten“ und „Volksherrschaft setzt die Volksgemeinschaft voraus“ steht da. Schnell ist klar, dass mit „Freiheit der Völker“ scheinbar selbstverständlich „natur-gegebene“ völkische Kategorien vorausgesetzt werden. So interessiert sich die heutige neonazistische Szene, wenn sie Demonstrationen gegen Krieg organisiert, nicht für allgemeine Menschenrechte oder Mittel der friedlichen Konfliktlösung. Ihr Ziel ist eine Diskursverschiebung: Deutschland als das Opfer alliierter Politik während des Weltkrieges, die Bombardierung Dresdens als der eigentliche „Bombenholocaust“.

Auch dass es gerade ein US-amerikanischer Soldat ist, der abgebildet wird, ist somit kein Zufall: Der USA wird nicht verziehen, dass sie an der Niederwerfung des deutschen Faschismus beteiligt war. Die Betonung heutiger Menschenrechtsverletzungen und Kriege der USA sollen auch die damalige Intervention im neuem Licht erscheinen lassen.

Doch bei der ausschließlichen Beschäftigung mit Kameradschaften und Neonazis kann schnell der falsche Eindruck entstehen, dass es sich zwar um gefährliche Gruppierungen handelt, diese allerdings mit ihren Ideen und Vorschlägen weitgehend allein dastehen würden.

Um einer Unterschätzung und damit Verharmlosung entgegenzuwirken - auch dafür leistet eine historische Ausstellung gute Dienste: Erstaunen kommt auf, wenn die

Wahlergebnisse der NSDAP von 1928 mit jenen von 1932 verglichen werden: von 2,6% gelang es ihr in kurzer Zeit auf 37,4% zu kommen - die Weltwirtschaftskrise, gepaart mit einer weitverbreiteten Demokratiefeindschaft, machten aus der kleinen nationalistischen Sekte NSDAP innerhalb von wenigen Jahren eine starke Massenpartei. Auch sind viele Schüler überzeugt, dass besonders Arbeitslose und als „Unterschicht“ bezeichnete Bevölkerungsteile am anfälligsten für Rassismus und skrupellosen Utilitarismus waren und sind. Ein Blick auf die Teilnehmer der Wannseekonferenz dagegen zeigt: Zwei Drittel hatten studiert, und über die Hälfte der Männer hatten einen Dokortitel. „Uni schützt vor Blödheit nicht“ fasst es eine Schülerin treffend zusammen.

Sehr schnell wird klar: Die Auseinandersetzung am historischen Ort und eine Atmosphäre, in der die Teilnehmer ernst genommen werden, sich trauen, Fragen zu stellen, offen ihre Meinung zu sagen und miteinander zu diskutieren, bringt neue Erkenntnisse. Spannende Diskussionen über Thilo Sarrazin, antimuslimischen Rassismus, eigene Erfahrungen mit Rechtsextremen und den individuellen Handlungsmöglichkeiten gehen mit Fragen zur Geschichte des „Dritten Reiches“ Hand in Hand und ergänzen sich. Bereits seit Jahren bietet die Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannseekonferenz Seminare und Projekte zum Thema Neonazismus und Rechtsextremismus an, die besonders von Schulen gebucht werden. Die Parolen von heute sind die Vorstellun-

gen von gestern - oft nur minimal abgeändert und gleichzeitig doch oft auf den ersten Blick kaum erkennbar. So deutlich wird dies selten bewusst.

Die Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz führt Studientage zu Rechtsextremismus durch. Näheres können Sie der [Webseite der Gedenkstätte](#) entnehmen.

Über den Autor

Johannes Fülberth hat Geschichtswissenschaften an der Freien Universität Berlin studiert und arbeitet als freier Mitarbeiter bei der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannseekonferenz. Er promovierte zum Thema „Das Gefängnis Spandau 1920-1945. Kontinuität und Bruch im Strafvollzug“

Kriegsgräber und historische Bildung gegen Geschichts- revisionismus

Von John Cramer

Auf 1.369 Kriegsgräberstätten und zivilen Friedhöfen in Niedersachsen sind insgesamt 255.460 Menschen bestattet, die gemäß dem bundesdeutschen „Gesetz über die Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft“ dauerhaftes Ruherecht erhalten haben. Zu ihnen zählen Kriegsgefangene, Bombenopfer, Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter und ihre in Gefangenschaft geborenen und verstorbenen Kinder, deutsche Soldaten (des Ersten und Zweiten Weltkriegs) ebenso wie Angehörige der alliierten Armeen, KZ-Häftlinge aus allen Teilen Europas, „Euthanasie“-Opfer, delinquente Jugendliche, Flüchtlinge, Vertriebene und Displaced Persons. Die Orte, an denen sie beerdigt wurden, liegen oft abseits, ja geradezu versteckt, und wären dem öffentlichen Bewusstsein wahrscheinlich weitgehend entzogen, würden nicht – wenngleich mit stetig abnehmender Teilnehmerzahl – alljährlich zum Volkstrauertag Gedenkveranstaltungen zur Erinnerung an diese Toten stattfinden.

Es sind stumme Stätten: Selten bis nie finden Besucher vor Ort Informationen, die über die wenigen auf den Grabzeichen vermerkten Angaben – Name, Lebensdaten, Nationalität (soweit überhaupt bekannt) – hinausgehen. Wer die Toten waren, woher sie kamen, wie ihre jeweiligen Lebens- und Leidenswege aussahen, unter welchen Um-

ständen sie ums Leben kamen und an diesen Orten beigesetzt wurden – all diese Fragen bleiben in der Regel unbeantwortet.

Diesen Umstand machen sich Alt- und Neonazis zunutze, wenn sie – ebenfalls am Volkstrauertag, bisweilen ausweichend auf den nachfolgenden Totensonntag – zu Kriegsgräberstätten pilgern, um dort das zu zelebrieren, was sie als Heldengedenken verbrämen. Neben geschichtsrevisionistischen Ansprachen, dem Verlesen völkisch-sentimentaler Gedichte und dem Absingen von Liedern wie dem „Treue(?)lied der SS“, neben Schweigeminuten und Kranzniederlegungen enthalten diese Zeremonien auch geradezu gespenstisch anmutende Elemente wie das symbolische „Zurückrufen“ der Toten in die angetretenen Reihen der (sich ihnen als Kameraden verbunden fühlenden) Rechtsradikalen. Dementsprechend fallen all jene Kriegsgräberstätten als Wallfahrtsorte aus, die durch dort bestattete ausländische Kriegstote bzw. Opfer der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik gleichsam kontaminiert sind. Vielmehr suchen sich die Teilnehmenden – Funktionäre und Sympathisanten rechtsextremistischer Parteien, Mitglieder so genannter freier Kameradschaften und Angehörige von Traditionsverbänden wie HIAG (Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS), OdR (Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger des Eisernen Kreuzes) und B.N.A. (was heißt das?) – gezielt solche Friedhöfe aus, auf denen junge, oftmals minderjährige Soldaten von Wehr-

macht und Waffen-SS begraben liegen. Als „letztes Aufgebot“ zum angeblichen Schutz der Heimat dem Feind entgegen geworfen, scheinen sie in besonderer Weise jene Tugenden zu verkörpern, die einen zentralen Stellenwert im rechtsradikalen Weltbild einnehmen: Tapferkeit, Treue, Kameradschaft, Uneigennützigkeit, Reinheit. Sich ihrer „in Dankbarkeit“ zu erinnern, ihren „ewig lebenden Tatenruhm“ zu feiern, ihrem Beispiel – dem vorgeblich unerschrockenen Kampf gegen eine feindliche Übermacht – nachzueifern, das ist der Sinn solchen Heldegedenkens.

Ein Ort, der für diese Zwecke wie gemacht erscheint, ist die Kriegsgräberstätte Essel, rund 40 km nördlich von Hannover zwischen Schwarmstedt und Walsrode gelegen, abseits der Straße in einem Waldstück versteckt. Auf ihr ruhen die sterblichen Überreste von 114 deutschen Soldaten, die im April 1945 beim Versuch ums Leben kamen, die vorrückende britische Armee am Übergang des Flusses Aller zu hindern. Sie gehörten einem aus Marine-Einheiten, Panzergrenadiern, Waffen-SS-Mitgliedern und Angehörigen des Reichsarbeitsdienstes zusammengewürfelten Truppenverband an, besaßen nur eine rudimentäre militärische Ausbildung, waren unzureichend bewaffnet und verfügten meist über wenig oder gar keine Kampferfahrung. Die überwiegende Mehrheit war zum Zeitpunkt ihres Todes nicht älter als 23 Jahre; 28 der in Essel Bestatteten waren noch minderjährig. Bereits bald nach seiner Einrichtung 1950 entwi-

ckelte sich der Friedhof zu einer rechten Pilgerstätte, die sie bis heute geblieben ist – trotz regelmäßiger Proteste und GegenDemonstrationen von Gewerkschafts- und Antifa-Gruppen, trotz einer geänderten Besucherordnung, die die Durchführung ideologisch motivierter Gedenkveranstaltungen verbietet und mittlerweile auch polizeilich durchgesetzt wird. Gleichwohl versammeln sich alljährlich zum Volkstrauertag mehrere Dutzend Personen aus dem rechten Spektrum am Rande der Kriegsgräberstätte, um die – wie es ein Redner 2008 formulierte – „für Deutschlands Freiheit gefallenen Helden zu ehren“.

Um dem entgegenzuwirken, hat der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. mit Schülerinnen und Schülern der Berufsbildenden Schule Walsrode ein Projekt initiiert: die Erstellung einer „Geschichts- und Erinnerungstafel“. Diese 2005 entstandene Projektidee bildet einen Schwerpunkt der friedenspädagogischen Zusammenarbeit des Volksbundes mit Schulen und konnte bereits an über 30 Orten in ganz Niedersachsen verwirklicht werden. Im Kern geht es darum, Kriegsgräberstätten historisch zu heben, d.h. Informationen zu sammeln (und zu präsentieren), die es ermöglichen, diese oft vergessenen Orte ins öffentliche Bewusstsein zurückzuführen – und damit auch die Schicksale der dort bestatteten Menschen. Zu diesem Zweck sichten die an den Projekten beteiligten Schülerinnen und Schüler (aller Arten weiterführender Schulen, in der Regel ab Klasse 9) zunächst die

oftmals bereits vorhandene Sekundärliteratur und vertiefen ihre Erkenntnisse durch zusätzliche Quellenrecherche in lokalen, regionalen und u.U. auch überregionalen Archiven; hinzu kommen Interviews mit Zeitzeug/innen bzw. Familienangehörigen, die idealerweise die Rekonstruktion einzelner Biographien und damit das Aufbrechen der häufig anonym wirkenden Atmosphäre auf Kriegsgräberstätten erlauben. In einem weiteren Arbeitsschritt suchen die Schülerinnen und Schüler nach geeigneten Illustrationen wie Fotos, Karten oder Faksimile persönlicher Dokumente der Toten.

Mit der Erarbeitung einer „Geschichts- und Erinnerungstafel“ für die Kriegsgräberstätte Essel soll dieser Ort sozusagen informativ besetzt, den geschichtsverfälschenden Mystifizierungsbestrebungen von Rechts entzogen und als Heldengedenkplatz entwertet werden. Um dies zu erreichen, wird die Tafel (unübersehbar in den Maßen 160 x 110 cm produziert) neben einer eher knapp gehaltenen Darstellung der Kampfhandlungen vor allem – sachlich, objektiv, konkret – die historischen Hintergründe thematisieren: den Umstand, dass viele jugendliche Soldaten im Dritten Reich sozialisiert und dabei derart indoktriniert worden waren, dass sie – verführt und fanatisiert – nur allzu bereit waren, ihr Leben einer verlorenen Sache zu opfern; die Tatsache, dass die Abwehrkämpfe an der Aller nicht nur militärisch nutzlos und – angesichts der ungeheuren Verluste – verbrecherisch waren, sondern auch dazu führten, dass in Bergen-Belsen, keine 20 Ki-

lometer hinter der Front, das Massensterben noch einige Tage länger vonstattengehen konnte. Und schließlich die einfache wie traurige Wahrheit, dass das Sterben dieser Soldaten so gar nichts Heldenhaftes hatte, sondern in jedem einzelnen Fall grausam, qualvoll und absolut sinnlos war.

Über den Autor

Dr. John Cramer, Historiker, arbeitet als Schul- und Bildungsreferent des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. im Bezirksverband Lüneburg/Stade

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Projektmöglichkeiten auf Kriegsgräbern

Für den projektorientierten Unterricht hat der Landesverband Hessen des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. eine pädagogische Handreichung herausgegeben, die Projektmöglichkeiten auf Kriegsgräberstätten aufzeigen will. Die Publikation richtet sich gezielt an Pädagoginnen und Pädagogen, die Kriegsgräberstätten als Lernort in ihre Arbeit einbinden möchten. Beispielhaft geschieht dies anhand von Projekten, die in dem Ort Schlüchtern im Main-Kinzig-Kreis stattgefunden haben. Diese Schwerpunktsetzung entstand durch ein wissenschaftliches Forschungsprojekt des Volksbundes, das sich bereits mit dem so genannten Ehrenfriedhof Schlüchtern befasst hatte.

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge ist seit Ende des Ersten Weltkrieges staatlicherseits mit der Aufgabe beauftragt, die Gräber der deutschen Kriegstoten im Ausland zu erfassen, zu erhalten und zu pflegen. Die Jugendarbeit des Volksbundes verfolgt das Ziel, junge Menschen mithilfe der Arbeit an Kriegsgräbern für die Folgen von Krieg und Gewalt zu sensibilisieren. Hierzu betreibt er eine eigene schulische und außerschulische Jugendarbeit und unterhält vier Jugendbegegnungs- und Bildungsstätten.

Kriegsgräberstätten als Lernorte?

Unter dem Titel „Arbeit für den Frieden“ gibt

Empfehlung Unterrichtsmaterial

das erste Kapitel eine Übersicht über die Aufgabenbereiche des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Cornelia Meyer stellt in ihrem Beitrag die Nutzung von Kriegsgräberstätten als außerschulische Lernorte vor. Sie verdeutlicht zunächst die Unschärfe von Begriffen wie „Kriegstoter“, „Kriegsopfer“, „Soldatenfriedhof“ oder „Kriegsgräberstätte“, weil sie die Unterschiedlichkeit der dort beerdigten Menschen verdecken. Kriegsgräberstätten sind Sammelfriedhöfe auf die aus meist praktischen Erwägungen kurz nach dem Krieg alle Opfer des Krieges zusammen umgebettet wurden. Sie beherbergen somit sowohl zivile wie auch militärische Opfer des Krieges, Täter, Mitläufer und Regimegegner, deutsche und nicht-deutsche Opfer wie Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene, Tote der beiden Weltkriege, aber auch Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ab 1933. Diese Diversität stelle laut Meyer nun gerade den Wert einer Kriegsgräberstätte für die Bildungsarbeit dar, macht er doch die Unterschiedlichkeit der Opfer und Täter des Krieges deutlich und wirft somit Fragen auf. Kriegsgräber sind dabei ein konkret fassbarer Ort, der die Jugendliche mit Einzelschicksalen konfrontiere. Dieser Ort biete zudem die Möglichkeit, sich auf regionaler oder lokaler Ebene mit Geschichte auseinanderzusetzen und bei der Recherche beispielsweise nach Einzelschicksalen grundlegende historische Methodenkenntnisse wie Arbeit mit Quellen und Zeitzeugengespräche zu erlernen. Das „Forschungsprojekt zur historischen Aufarbeitung ausgewählter Kriegsgräberstätten in Hessen“ - vorge-

Lernen aus der ■ Geschichte ■

stellt in dem Beitrag von Ute Hollingshaus – bietet den Ausgangspunkt für eine Auseinandersetzung mit der Geschichte vor Ort. Aufbauend auf die Erkenntnisse aus diesem Projekt können mit Schülerinnen und Schülern weiterführende Recherchen initiiert und Archivbesuche, Zeitzeugenbefragungen, Gedenkstättenbesuche und ähnliches organisiert werden.

Die vorliegende Publikation dokumentiert Ideen und Methoden, die auf dem Schlüchtern Friedhof durchgeführt wurden. Hintergrundinformationen und Materialien ergänzen diese. Die vorgestellten Methoden können als Leitfaden dienen, um ähnliche Projekte mit Jugendlichen auch an anderen Kriegsgräberstätten durchführen zu können.

Kontextualisierung

Weitere Artikel bieten eine Einführung in den exemplarisch gewählten regionalen Kontext und informieren über Kriegsgräberstätten im Main-Kinzig-Kreis im Allgemeinen und über die Kriegsgräberstätte Schlüchtern im Besonderen. Ein eigenes Kapitel ist den verschiedenen Gruppen von Menschen, die auf dem Friedhof Schlüchtern beigesetzt wurden gewidmet. Es nennt Namen und Schicksale der Toten und verdeutlicht die Spannweite der hier vertretenen Einzelschicksale, die sowohl Angehörige des Militärs als auch Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und zivile Opfer des Krieges umfasst. Ein weiteres Kapitel bietet allgemeine historische Hintergrundinformationen zum System der nationalsozialistischen Konzentrationslager, zur

Empfehlung Unterrichtsmaterial

Waffen-SS, sowie zu Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen.

Projektbausteine

Das Kapitel „Projekttag auf der Kriegsgräberstätte Schlüchtern“ dokumentiert Ideen und Methoden und bietet Anregungen für die pädagogische Arbeit auf anderen Kriegsgräberstätten. Die Publikation empfiehlt dabei die Arbeit mit Kriegsgräberstätten ab der 9. Jahrgangsstufe, da grundlegendes Wissen über Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg vorhanden sein muss. Vorgeschlagen werden verschiedene Einführungszenarien wie die selbstständige Entdeckung mit Hilfe eines Beobachtungsauftrags oder ein Fragebogen, der als Kopiervorlage vorliegt und in leicht abgeänderter Form auch für andere Kriegsgräberstätten verwendet werden kann. Zugeschnitten auf den Ort Schlüchtern sind einige Quellenmaterialien, die versehen mit Arbeitsaufträgen in der Publikation zur Verfügung gestellt werden. Für Projekte an anderen Orten kann diese Zusammenstellung eine Anregung bieten, welche Themen und Zugänge von den Schülerinnen und Schülern selbst recherchiert werden können. Einige Bausteine wurden durch Erweiterungen für die gymnasiale Oberstufe ergänzt. Hintergrundinformationen zu Schlüchtern soll Lehrerinnen und Lehrer ermuntern selbst eine Führung über die Kriegsgräberstätte und durch die Stadt machen zu können. Weitere vorgeschlagene Bausteine sind Archivrecherche zur nationalsozialistischen Berichterstattung, Befragung von Passanten, Zeitzeugengespräche,

Lernen aus der ■ Geschichte ■

die Erstellung einer Landkarte der Region während des Nationalsozialismus, Pflegearbeiten auf dem Friedhof oder eine umfangreiche Recherche zu Schicksalen von Toten aus dem eigenen Ort, die auf Gräbern in anderen Ländern begraben sind.

Fazit

Die Broschüre bietet eine Einführung in die pädagogische Arbeit mit Kriegsgräbern, verdeutlicht die Arbeit des Volksbundes und zeigt Möglichkeiten der Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus und dem Zweiten Weltkrieg anhand von Kriegsgräbern auf. Diese Herangehensweise kann Anstoß geben, sich in der pädagogischen Arbeit einem Lernort zu nähern, der vermutlich von vielen nicht als ein solcher wahrgenommen wird. Für Lehrerinnen und Lehrer der Region um Schlüchtern oder aus Hessen bietet die Publikation zudem ein sehr umfangreiches Quellenmaterial und viele Hintergrundinformationen an. Für alle anderen können die in Schlüchtern umgesetzten Ideen als Anregungen dienen. Die umgesetzten Bausteine geben einen Eindruck wie etablierte Methoden der Projektarbeit auf lokale Kriegsgräberstätten übertragen werden können.

Die Broschüre kann kostenlos beim [Volksbund bestellt](#) oder als pdf-Dokument von der [Homepage des Vereins](#) herunter geladen werden.

Empfehlung Unterrichtsmaterial

Arbeitsheft zu Rechtsextremismus in Köln

Das Thema Rechtsextremismus wird oftmals mit den neuen Bundesländern in Verbindung gebracht. Doch gerade dieser Vorannahme setzen der Autor Ioannis Orfanidis und das NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln das vorliegende Heft entgegen. Hier werden Quellen zu aktuellen antisemitischen und rechtsextremen Äußerungen, sei es Plakate oder Leserbriefe veröffentlicht, aber auch als didaktisches Material für eine Arbeit gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit empfohlen. Der Autor hat die Materialien während eines Praktikums im NS-Dokumentationszentrum geordnet und in dem vorliegenden Heft didaktisch eingebunden. Das Ziel des Heftes ist es, Rechtsextremismus in Köln zu beleuchten und anhand von Quellenanalysen rechtsextremen Sprachgebrauch zu untersuchen.

Einführung

Zur allgemeinen Einführung in die Thematik wird der Begriff „Rechtsextremismus“ erläutert. Dabei wird klargestellt, dass es sich bei Rechtsextremismus um keine einheitliche Ideologie handelt, sondern dieser Begriff vielmehr aus verschiedenen Begründungszusammenhängen entsteht. Der Autor benennt Bezugspunkte der verschiedenen Strömungen innerhalb der Ideologie und erläutert diese Begriffe. Die ideologische Bezugnahme begründet sich demnach auf: Rassismus, Antisemitismus, Volksgemeinschaft, autoritäres Staatsverständnis und

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Verharmlosung des Nationalsozialismus. Ein lokaler Bezug zu dieser Definition wird mit der Frage: „Rechtsextremismus. Kein Platz in Köln?“ (S.8) hergestellt und nähert sich rassistischem Denken und Gewalttätigkeiten in Nordrhein-Westfalen und speziell in Köln, an. Dabei wird herausgestellt, dass keine Stadt oder Gemeinde per se vor rechtsextremistischen Strömungen gefeit ist, aber lokale zivilgesellschaftliche Initiativen präventiv wirken können. Ebenfalls einführend behandelt das Heft „Köln im Nationalsozialismus“ und erläutert in diesem Zusammenhang Begrifflichkeiten aus dieser Zeit.

Neben den erläuternden Texten finden sich in beiden einführenden Teilen auch Quellen, zum einen Zeitungsartikel aus den 1990er Jahren, zum anderen Fotos und Grafiken aus der NS-Zeit. Zu diesen werden Erläuterungen, Quellenangaben, aber auch Aufgabenstellungen angeboten.

Antisemitische Briefe und Plakate

Der dritte Teil der Publikation beschäftigt sich mit rechtsextremen Plakaten und antisemitischen Briefen an das NS-Dokumentationszentrum. Zu den einzelnen Dokumenten gibt es mehrere Aufgabenstellungen welche nach den Inhalten und Kernaussagen, aber auch nach den Antwortmöglichkeiten auf diese Briefe fragen.

Asyldebatte

In einem weiteren Kapitel widmet sich der Autor ausführlich der Asyldebatte in den 1990er Jahren. Durch den Krieg auf dem

Empfehlung Unterrichtsmaterial

Balkan stiegen damals die Zahlen der Asyl-antragstellenden stark an und die Aufnahmeverfahren dauerten dementsprechend lange. In Köln hatte die Debatte um das Asylrecht ein Erstarren von rechtsextremen Parteien zur Folge. Für die Quellenbetrachtung zu dieser Thematik wurden ein Leserbrief an den Westdeutschen Rundfunk und ein anonymes Flugblatt ausgewählt.

Formen des organisierten Rechtsextremismus

Im nächsten Kapitel wird eine Vielzahl an Dokumenten verschiedener rechter Gruppierungen dokumentiert und analysiert. Zum einen wird dabei auf die Lebenswelt von Jugendlichen und die Versuche der Durchdringung dieser durch die rechte Szene eingegangen und zum anderen werden Plakate der rechten Parteien und ihre Ergebnisse bei den Stadtratswahlen in Köln betrachtet. Ein Fokus wird auf die Person Manfred Rouhs gelegt, der sich in den verschiedensten rechten Parteien und Zeitungen engagierte und zu den Mitbegründern der „Bürgerbewegung Pro Köln“ gehörte.

„Bürgerbewegung Pro Köln e.V.“

Dieser Verein wird genauer betrachtet, da er in Köln politisch bedeutend ist und immer wieder mit der Asylthematik Wahlerfolge erzielt. Besonders durch die Proteste gegen die neue Moschee in Köln-Ehrenfeld wurde diese Vereinigung auch deutschlandweit bekannt. In dem Arbeitsheft sind Flugblätter und Anträge der „Pro Köln“-Fraktion im Stadtrat abgedruckt. Diese sollen auf ihre

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Argumentationsmuster hin untersucht werden.

Abwehrmaßnahmen

Zum Schluss fasst der Autor verschiedene Ebenen für eine Arbeit gegen Rechtsextremismus zusammen. Orfanidis betont dabei, dass das Engagement nicht „von blindem Aktionismus“ (S.56) geleitet sein darf, sondern in eine langfristige Strategie eingebunden sein sollte. Er richtet seinen Blick auf Ebenen in der Politik, Polizei und Justiz, Zivilgesellschaft, im Alltag, Pädagogik und politische Bildung, aber auch auf die Medien. Als Arbeitsmaterialien werden dazu Zeitungsartikel und eine Fotografie zu Veranstaltungen gegen Rechts angeboten. Zudem wird durch einen Artikel über das Pro und Contra eines NPD-Verbotes zu einer Diskussion angeregt.

Fazit

Das vorliegende Arbeitsheft zu Rechtsextremismus in Köln bietet eine grundlegende Zusammenfassung von wichtigen Begriffen der Thematik und eine vielfältige Aufbereitung von Quellenmaterialien. Der lokale Bezug auf die Stadt Köln macht das Heft besonders für Pädagog/innen aus dieser Region spannend, bietet aber auch Anregungen für eine Übertragung der Aufgaben auf andere Städte. Die gesammelten Materialien geben einen guten Eindruck von den differenzierten rechtsextremen Positionierungen und dienen daher einer detaillierten Analyse von rechtsextremen Sprachgebrauch und der Verwendung von Fremdbildern in ihren

Empfehlung Unterrichtsmaterial

Veröffentlichungen.

Das Arbeitsheft „Rechtsextremismus in Köln?! Didaktische Materialien zur Demokratieförderung und gegen Rechtsextremismus“ kann beim NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln für 3 Euro bestellt werden.

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Everybody can be a change-agent

Eine künstlerische Ausstellung in Berlin setzt neue Maßstäbe für die Auseinandersetzung Jugendlicher mit der NS-Zeit

Von Sophia Oppermann

Der Blick durch das Fenster offenbart ein modernes Trümmerfeld: Das Federbett ist aufgerissen und zerfetzt, das Bett mit der Axt zerschlagen. Die Fußball-Poster von der Wand gerissen, der Schreibtisch zertrümmert. Spielsachen, Schulhefte, Kuscheltiere – alles achtlos auf dem Boden verstreut und zertrampelt. Hier hat jemand sinnlos und tobend gewütet, hier ist jemand zerstörerisch in das Privateste eingedrungen, was ein junger Mensch haben kann: in sein Zimmer.

Schüler/innen stehen vor dem Fenster und schauen in dieses „Zerstörte Zimmer“, eine Kunst-Installation, die sie berührt und nachdenklich macht. Denn korrespondierend zu dem künstlerisch in Szene gesetzten zeitgenössischen Jugendzimmer, das ihr eigenes sein könnte, stehen die Zeitzeugenberichte zweier Menschen, die solcherart sinnlose Zerstörungswut in ihren Wohnungen als Kinder ertragen und mit ansehen mussten. Die Erzählungen von Mucki Koch – Tochter einer kommunistischen Familie - und Robert Goldman – Sohn einer jüdischen Arztfamilie - über das Eindringen der SA in ihre Häuser sind erschütternd.

Und der Schock darüber, wie Willkür, Recht-

Empfehlung Bildungsträger

losigkeit und Terror wirken können, sitzt bei den Jugendlichen, die die Ausstellung besuchen, tief. Die moderne Inszenierung gibt ihnen die Möglichkeit, den Erzählungen aus der Vergangenheit auch emotional zu folgen. Durch kunst- und kulturpädagogische Ansätze werden hier ganz neue Zugänge in die Geschichte geschaffen und der politisch-historischen Bildung neue Impulse gegeben.

Brücken in die Vergangenheit

Das ist der besondere Zugang bei 7xjung – Dein Trainingsplatz für Zusammenhalt und Respekt. Die Ausstellung in den S-Bahnbögen in Berlin Tiergarten will Jugendliche ermutigen, sich mit dem Nationalsozialismus, Antisemitismus und jeglicher Form von Ausgrenzung zu beschäftigen – in der Vergangenheit und auch im Heute. Deshalb beginnt die Geschichte in dieser Ausstellung immer in der Gegenwart, sie führt die Jugendlichen auf vielen kleinen Spuren in die Vergangenheit, knüpft Verbindungen und baut Brücken, über die sie zwischen den Zeiten wandeln können. Manchmal durch Verunsicherung, manchmal durch Überraschung und manchmal auch durch einfache Fragen, die zeitlos erscheinen:

Wer hat den Schlüssel zu meinem Zimmer? Wer hält zu mir? Und wer verlässt das Team? Wer bestimmt, wer ich bin? Wer darf auf welcher Parkbank sitzen? Welche Folgen hat Zerstörung? Was bedeutet mir Anerkennung? Habe ich ein Recht auf Musik? In großen Räumen (insgesamt knapp 800m²) haben die Ausstellungsmacher/in-

Lernen aus der ■ Geschichte ■

nen zu sieben Themen Geschichten inszeniert, die alle auf irgendeine Weise für Jugendliche wichtig sind: Meine Familie, Mein Zuhause, Mein Laden, Meine Papiere, Mein Sport, Meine Stadt und Meine Musik sind zeitlose Oberflächenthemen, unter denen sich vielschichtige biographische Erzählungen aus der Vergangenheit sammeln. So finden sich beispielsweise im Sportraum – der ausgestattet ist wie eine echte Turnhalle mit Holzboden, Turngeräten und Pokalen – u.a. sieben kurze Hörgeschichten über unterschiedliche Erlebnisse von Ausgrenzung in Sportvereinen während der Nazizeit. Vom geliebten Schwimmverein plötzlich ausgeschlossen zu sein, nur weil man vermeintlich anders ist, einer anderen Religionsgemeinschaft angehört – eine Erzählung, die sich in der Turnhalle von 7xjung ganz anders anfühlt, wenn die Jugendlichen sich gerade noch ausgetobt haben und selbst erleben konnten, wie viel Spaß der Sport in der Gemeinschaft macht.

Dein Trainingsplatz für Zusammenhalt und Respekt

Die Schülerinnen und Schüler sind heute eine bunt zusammengemischte Generation mit vielfachen Hintergründen und Identitäten. Die Schulklassen kommen zu vierstündigen Workshops und haben viel Zeit und Raum, sich mit den Themen zu beschäftigen. In kleinen Gruppen von Pädagoginnen und Pädagogen betreut geht die Auseinandersetzung oftmals sehr tief - bis hin zu eigenen Berichten der Jugendlichen von Ausgrenzung und Diskriminierung. In einer

Empfehlung Bildungsträger

Atmosphäre des Vertrauens können sich die Jugendlichen öffnen und erzählen. So wird ihnen durch die sinnliche Erfahrung von historischer Ungerechtigkeit ein Verantwortungsgefühl nicht nur für die eigene Geschichte vermittelt, sondern ebenso Sensibilität und Empathiefähigkeit innerhalb ihres eigenen Lebensumfelds.

Beispielsweise im Raum *Meine Stadt*, in dem u.a. vier graffitibeschierte Parkbänke stehen. Gegen das staatlich angeordnete Verbot für Juden, sich auf Parkbänke zu setzen, konnte man während der Nazizeit nicht viel ausrichten. Die Jugendlichen erproben in Rollenspielen wie es ist, ausgegrenzt zu werden, nicht auf der Bank sitzen zu dürfen, auf der alle anderen sitzen. Für manche eine harte, unangenehme Lektion.

Und dann spricht man auch über die Gegenwart: wenn man heute durch den Tiergarten geht und sieht „Juden raus“ oder „Scheiß Türken“ auf eine Bank geschmiert, dann könnte man das eigentlich auch mal wegwischen, oder? Die Workshops sollen Mut machen zu couragiertem Handeln. Die Botschaft, die 7xjung vermitteln möchte, ist nämlich eigentlich ganz einfach:

Everybody can be a change-agent

Seit Öffnung der Ausstellung im Sommer 2010 haben über 2.000 Schülerinnen und Schüler das innovative Projekt besucht – und die Resonanz ist überwältigend positiv. Auch internationale Fachbesucher/innen aus den USA, Israel, Argentinien oder

Lernen aus der ■ Geschichte

Mexiko interessieren sich für das Projekt und besuchen die Ausstellung. Die Workshopangebote für Schulklassen werden gut angenommen – und das Team von 7xjung hat noch viele weitere Ideen zu Demokratie- und Menschenrechtserziehung, die sich in den Räumen umsetzen lassen!

Wer also Interesse hat, mit seiner oder ihrer Schulklasse 7xjung zu besuchen, ist herzlich willkommen:

www.7xjung.de

www.gesichtzeigen.de

Über die Autorin

Sophia Oppermann ist Geschäftsführerin von Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland. Der Verein engagiert sich seit Jahren gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus, arbeitet gegen Vorurteile und ist aktiv in der Menschenrechtsarbeit. Gesicht Zeigen! ist Träger von 7xjung.

Initiativen gegen Rechtsextremismus

Rechtsextremismus ist keine Randerscheinung in der Gesellschaft, sondern lässt sich in verschiedenen alltäglichen Situationen wiederfinden und Einstellungsmuster wie Rassismus, Homophobie und Antisemitismus sind auch in der sogenannten Mitte der Gesellschaft vorhanden. Die Strukturen der rechtsextremen Gruppen erweitern sich stetig. Doch ebenso entwickeln sich breite lokale,

Empfehlung Bildungsträger

regionale und überregionale Bündnisse gegen Rechtsextremismus, Gewalt, Rassismus und Antisemitismus. Die einzelnen Initiativen haben meist einen starken Fokus auf die Aufklärungsarbeit und Rechtsextremismusprävention. Einige von ihnen verbinden ihre Tätigkeiten der Demokratiepädagogik gegen rechts auch mit Erinnerungsarbeit an die nationalsozialistischen Verbrechen.

Die politischen Entscheidungsträger betonen oftmals die Wichtigkeit all dieser Akteure und Organisationen, beschließen aber auch Kürzungen in der Finanzierung. Vor allem drei an dieser Stelle vorgestellte Projekte basieren auf Vereinsarbeit und sind daher auf Projektgelder angewiesen. Bei verschiedenen Initiativen, wie dem apabiz, gestaltet sich die Finanzierung durch die sogenannte „Extremismusklausel“ in Förderprogrammen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sehr schwierig, da sie aus prinzipiellen Erwägungen keine Förderung in den derart ausgerichteten Bundesprogrammen beantragen und weitgehend auf Spenden und Fördermitglieder angewiesen sind. Im Folgenden wird Ihnen eine kleine Auswahl an Akteuren und ihre konkrete Arbeit vorgestellt.

Amadeu Antonio Stiftung

Seit 1998 setzt sich die Amadeu Antonio Stiftung für eine demokratische Zivilgesellschaft ein, die sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus engagiert. In diesem Rahmen haben sie über 530 Projekte, vor allem lokale Initiativen in den

Lernen aus der ■ Geschichte

Bereichen Jugend und Schule, Opferschutz und Opferhilfe, alternative Jugendkultur und Kommunale Netzwerke unterstützt. Ihre wichtigste Aufgabe sieht die Stiftung darin, „Projekte über eine finanzielle Unterstützung hinaus zu ermutigen, ihre Eigeninitiative vor Ort zu stärken und sie zu vernetzen.“ Sie wollen zudem auf die Gefahren von Rechtsextremismus und Rassismus aufmerksam machen und die Problematik dauerhaft im öffentlichen Diskurs verankern.

Zu den von der Amadeu Antonio Stiftung unterstützen Projekten gehören das Zentrum Demokratische Kultur (ZDK) und das Programm EXIT für Aussteiger aus der rechtsextremen Szene. Im Internet positioniert sich die Stiftung auf verschiedenen Plattformen gegen Rechtsextremismus: Mut gegen rechte Gewalt, Netz gegen Nazis, no-nazi.net, Aktiv im Netz gegen Nazis: Generation 50+ und möchte damit auch kleine Initiativen zu eigenen Projekten ermutigen. Über die Arbeit der Stiftung informiert ein kurzer Film auf der Internetseite. Daneben bietet die Stiftung auch Fortbildungen für Pädagog/innen zum Thema Antisemitismus, lokale Spurensuche und Erinnerungskulturen.

Gegen Vergessen- Für Demokratie e.V.

Der Fokus des Vereins liegt auf der Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen und der Aufklärungsarbeit zum Unrecht der SED-Diktatur. Mit seiner Arbeit fördert der Verein zivilgesellschaftliches

Empfehlung Bildungsträger

Engagement, sowie die Auseinandersetzung mit politischer Teilhabe und dem politischen Extremismus. Zu diesem Zweck berät und unterstützt der Verein mit einem kleinen Förderetat lokale und regionale Initiativen zur Geschichtsaufarbeitung, aber auch Projekte gegen politischen Extremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung von Minderheiten.

Die Arbeit des Vereins stützt sich auf drei Bereiche. Zum einen auf den Bereich „Praktische Geschichtsvermittlung in der Einwanderungsgesellschaft“, in dem ein Praxishandbuch mit neuen thematischen und methodischen Ansätzen zur persönlichen Bezugnahme auf die deutsche Vergangenheit, zum Beispiel durch Einbindung von Migrationsgeschichte entwickelt wird. Zum anderen werden im Portal „Sie tun Gutes! Wir reden drüber“ Initiativen präsentiert, die sich aktiv für ein demokratisches Zusammenleben engagieren. Projekte können sich in dem Portal vernetzen und austauschen. Neben diesen beiden Schwerpunkten bietet der Verein „Gegen Vergessen-Für Demokratie“ auch eine „Online Beratung gegen Rechtsextremismus“ an. Besonders Personen, die anonym Hilfe suchen, weil sie in ihrem alltäglichen Umfeld mit Rechtsextremismus konfrontiert werden, unterstützt diese Beratungsform. Neben den drei Schwerpunktfeldern organisiert der Verein Veranstaltungen und Fortbildungen, zum Beispiel „Antidiskriminierungsarbeit in der Schule. Ein Fortbildungsprojekt für Pädagoginnen und Pädagogen“. Eine Broschüre zu

Lernen aus der ■ Geschichte ■

dem Fortbildungsangebot kann auf der [Internetseite](#) heruntergeladen werden.

Apabiz - Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V.

Der Trägerverein entwickelt und bietet verschiedene Materialien zur Aufklärungsarbeit über Rechtsextremismus an. Der Fokus der Arbeit liegt auf dem umfangreichen Archiv und unterschiedlichen Bildungsangeboten. Dabei arbeitet der Verein mit verschiedenen Initiativen und Bildungsträgern, wie zum Beispiel „Schule OHNE Rassismus - Schule MIT Courage Berlin“, „LISUM Berlin-Brandenburg“ und dem „Lobbi e.V. Mecklenburg Vorpommern“, zusammen. Das Archiv besteht zum größten Teil aus Primärquellen, also rechtsextremen und rassistischen Publikationen und CDs und einer umfangreichen Pressesammlung.

Für die Bildungsarbeit bietet das Apabiz einen ReferentInnen-Katalog an. In diesem werden über 50 Bildungsangebote bzw. Vorträge empfohlen, die zum Teil von Mitarbeitenden des Apabiz oder auch kooperierenden Bildungsträgern durchgeführt werden. Die im Katalog enthaltenen Angebote zielen auf die Vermittlung und Vertiefung von aktuellen Strömungen im Rechtsextremismus, Workshops und Seminare gegen rechts und Vorträge zu Mädchen und Frauen in rechten Gruppierungen. Daneben werden auch Veranstaltungen zum Thema Antisemitismus und dem pädagogischen Umgang damit vorgeschlagen. Der [ReferentInnen-Katalog](#)

Empfehlung Bildungsträger

kann auf der Internetseite des Apabiz heruntergeladen werden. Neben der Vermittlung von Referent/innen können dort auch Handreichungen, zum Beispiel eine Argumentationshilfe gegen die „Schulhof-CD“ der NPD, weitere Materialien zum Thema „Rechtsrock“ und eine Publikation zur NPD [heruntergeladen](#) werden.

Aktion Zivilcourage

Die [Aktion Zivilcourage](#) hat sich als Antwort auf die hohen Kommunalwahl-Ergebnisse rechtsextremer Parteien 1997 im damaligen Landkreis Sächsische Schweiz und einer zunehmenden Gewaltbereitschaft vor allem unter jungen Menschen gegründet. Als überparteiliches Bündnis setzt sich der Verein für die Stärkung von Demokratie, Zivilcourage und Toleranz ein und kämpft gegen Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und Gewalt. Die Arbeit konzentriert sich auf den Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge. Neben Bildungs- und Begegnungsangeboten, Projekten zur Erinnerung und Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen und vielfältigen Kulturveranstaltungen bietet Aktion Zivilcourage auch Beratungen für Menschen an, die sich verstärkt für ein demokratisches Miteinander einsetzen wollen. Multiplikator/innen können sich so über den Umgang mit Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit informieren und beraten lassen. Außerdem werden vereinzelt Weiterbildungen in diesem Bereich organisiert.

Lernen aus der ■ Geschichte ■

MOBIT Mobile Beratung in Thüringen. Für Demokratie – gegen Rechtsextremismus

Die Initiative MOBIT unterstützt kommunale Akteure bei der Analyse von rechtsextremen Strukturen vor Ort und bei der diesbezüglichen Auseinandersetzung. Dabei agieren sie meist auf Anfrage dieser Partner/innen und unterstützen diese im lokalen Umfeld bei der Beschäftigung mit verschiedenen Formen von Rechtsextremismus und Rassismus. Ziel dieser Arbeit ist es Handlungsstrategien mit den Aktiven vor Ort zu entwickeln und Projekte anzustoßen.

Welche konkreten Initiativen daraus entstehen, ist immer abhängig von der spezifischen lokalen Situation. Daher ist die Palette der Angebote von MOBIT vielfältig. Neben der Beratung, Unterstützung und Vernetzung von lokalen Aktionsbündnissen, bietet MOBIT auch eine Fortbildung zur Wahrnehmung und Deutung rechtsextremer Erscheinungsformen, Symbolen und Musik und die Vermittlung erprobter Praxisprojekte und Methoden an. Ihre Arbeit konzentriert sich dabei auf Kommunen in Thüringen. Das Angebot MOBIT wird neben Thüringen auch in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen durchgeführt. Eine Vorstellung der mobilen Beratungsteams für Demokratieentwicklung und gegen Rechtsextremismus befindet sich auf dessen Internetseite.

An dieser Stelle wurden exemplarisch fünf Institutionen vorgestellt. Einen Überblick über weitere Initiativen gegen Rechtsextre-

Empfehlung Bildungsträger

mismus bietet ein Dossier der Bundeszentrale für politische Bildung, welches auch eine Datenbank zur Recherche von verschiedenen Organisationen beinhaltet.

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Web

Mut gegen rechte Gewalt und Netz gegen Nazis

Die Amadeu Antonio Stiftung – vorgestellt bereits in einem anderen [Beitrag auf Lernen aus der Geschichte](#) – unterhält – einmal in Kooperation mit dem Stern - gleich zwei Internetportale gegen rechte Gewalt und Neonazismus, die jeweils einen etwas anderen Fokus aufweisen.

Mut gegen rechte Gewalt

„[Mut gegen rechte Gewalt](#)“ ist ein kooperatives Projekt der Zeitschrift Stern und der Amadeu Antonio Stiftung. Im August 2000 entstand die so genannte MUT-Aktion, die unter anderem Spendengelder für friedliche und kreative Initiativen gegen Rassismus und Rechtsextremismus sammelt, die wiederum von der Stiftung an andere kleine Initiativen weiter gegeben werden. Eines der prominentesten geförderten Projekte ist das [Aussteigerprogramm für Neonazis „Exit“](#). Die zugehörige Internetseite zum Projekt „Mut gegen rechte Gewalt“ berichtet tagesaktuell und kontinuierlich über Neonazismus sowie über Initiativen und Projekte gegen rechte Gewalt.

Die Seite bietet tagesaktuelle Presse und vertiefende Informationen in den Bereichen News, Debatte, Projekte und Service. „News“ versammelt Meldungen und längere Reportagen aus verschiedenen Printmedien. „Debatte“ vertieft aktuelle Ereignisse, neu erschienen Bücher, Filme oder ähnliches anhand von Interviews und Kommentaren.

„Projekte“ wiederum berichtet über einzelne Initiativen und Aktionen, informiert über aktuell stattfindende Veranstaltungen, bietet einen umfangreichen Überblick über Initiativen gegen Rechts abrufbar nach Bundesländern und gibt Praxistipps gegen rechte Gewalt. Die Rubrik „Service“ komplettiert die Seite mit einer Chronik der Gewalt, Links, Literaturempfehlungen, einem Terminkalender und einem Lexikon.

Netz gegen Nazis

Tagesaktuelle Informationen zum Thema Rechtsextremismus und dem Engagement gegen denselben hat sich auch das Portal [Netz gegen Nazis](#) auf die Fahnen geschrieben. Eine täglich aktualisierte Presseschau trägt aktuelle Meldungen zusammen. Darüber hinaus möchte es eine Plattform sein, um konkrete und praxisnahe Ratschläge für ein Eintreten gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus zu geben, Diskussionen zu fördern und Menschen dazu zu bringen, ihre Erfahrungen zu teilen und sich miteinander zu vernetzen.

Im Bereich „Wissen“ informiert das Portal über grundlegende Fragen wie „was sie denken“, „wer sie sind“, „was sie machen“ oder „was sie lesen“. Möglichkeiten zur aktiven Beteiligung hat der Nutzer der Seite dagegen in der Kategorie „Diskutieren“: Jede/r registrierte Nutzer/in kann dort Fragen stellen, Themen kommentieren, Ratschläge geben oder sich beraten lassen und Meinungen austauschen. Die Beiträge werden erst nach Sichtung durch einen Moderator veröffent-

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Web

licht. Diskutiert werden sowohl theoretisch politische Fragen, als auch alltägliche Probleme, beispielsweise wie man sich zu rechtsextremen Äußerungen von Mitschüler/innen verhalten kann. Die Rubrik „Handeln“ wiederum gibt beispielsweise Hinweise, wie Aktionen gegen Rechtsextremismus organisiert werden können, wie man auf Mitmenschen, Mitschüler oder Nachbarn mit rechtsextremen Äußerungen, Musik oder Bekleidung reagiert und welche Stellen im Bedarfsfalle Unterstützung leisten können.

„Netz gegen Nazis“ bietet somit weitaus mehr Partizipationsmöglichkeiten, Gelegenheit zum Austausch und praktische Hinweise, „Mut gegen rechte Gewalt“ dagegen überzeugt durch umfangreiche Hintergrundinformationen, tagesaktuelle Berichterstattung, Interviews und ein breites Themenspektrum.

Lernen aus der Geschichte

Podcasts zum Thema Rechts- extremismusprävention

Die beiden hier vorgestellten Podcasts beschäftigen sich zum einen mit den schon seit langem bestehenden Projekten der Bundeszentrale für politische Bildung gegen Rechts-
extremismus und den Einschnitten in diese Arbeit durch Geldkürzungen der Bundesregierung. In dem anderen Podcast wird über ein Kompetenzzentrum an der Universität Jena berichtet, welches aufgrund des Bekanntwerdens der Ereignisse der sogenannten Zwickauer Terrorzelle eingerichtet wird.

Die "Bildungsrepublik Deutschland" spart bei der Prävention gegen Rechtsradikalismus

Die Mittel der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) wurden 2011 von der Bundesregierung stark gekürzt. Welche Auswirkungen dies für die Arbeit zur Rechtsextremismusprävention hat, erläutert Thomas Krüger, Präsident der BpB. Der Fachbereich „Extremismus“ hat einen starken Fokus auf Rechtsextremismus in dem unter anderem ein Online-Dossier, Publikationen und unterschiedlichen Projekte unterstützt und gefördert werden. Dabei sollen Personen vor allem durch die Verbindung von sozialer Arbeit und historisch-politischer Bildung

Empfehlung Podcast

erreicht werden. Die Höhe der Finanzierungen in diesem Bereich wird durch die Kürzungen in den kommenden Jahren nicht gehalten werden können. Besonders die Förderung von grundlegenden infrastrukturellen Projekten sieht Krüger jedoch als notwendig an.

Ein Podcast von Hendrik Kirchhof auf detector.fm vom 16. November 2011.

Forschung gegen Rechts

Die Uni Jena richtet ein Kompetenzzentrum zum Thema Rechtsextremismus ein. Am Anfang steht eine Ringvorlesung ab dem kommenden Wintersemester. Zudem sollen die Ergebnisse von schon bestehenden Forschungsprojekten gebündelt und im Rahmen von fächerübergreifenden Projekten aufgearbeitet werden. Dabei wird Rechtsextremismus in den alten Bundesländern ebenso analysiert werden, wie die Frage nach Rechtsextremen in der DDR und dem Wissen der Staatssicherheit über diese.

Ein Beitrag von Deutschlandfunk vom 16.02.2012

Themenpatenschaft

Das Projekt „Themenpatenschaft“ der Körperstiftung hat zum Ziel beizutragen, dass Kinder und Jugendliche zu demokratisch bewussten Menschen heranwachsen, die ihr Umfeld reflektieren und aktiv mitgestalten. Im Rahmen des Programms „Lernen vor Ort“ fördert die Körper-Stiftung aus diesem Grund gezielt außerschulische Lernorte für die Demokratieerziehung junger Menschen und stellt dabei das Lernen in Archiven, Gedenkstätten und Museen in den Vordergrund.

Ausgangspunkt ist die Vorstellung, dass Lernende durch forschendes Lernen sich der Geschichte ihrer eigenen Lebenswelt bewusst werden und ihr politisches Interesse verstärkt wird. Archive, Museen und Gedenkstätten fungieren dabei als „Gedächtnisse der Gesellschaft“, die durch eine lebendige Vermittlung der Geschichte der deutschen Demokratie das Bewusstsein für demokratische Prozesse stärken können. Lernende sollen erkennen, dass die Gegenwart ein Ergebnis von menschlichen Entscheidungen und Handlungen in der Vergangenheit ist. Damit verbunden ist die Einsicht, dass auch in der Gegenwart die Zukunft gestaltet werden kann und muss.

Es existieren zwei verschiedene Formen der Patenschaften:

(1) Angebote zur Vernetzung

Interessierte Kommunen können von der Körper-Stiftung Unterstützung bei der

Durchführung von Fachtagungen und Workshops zur Demokratieerziehung junger Menschen erhalten. Ziel der Veranstaltungen soll die Vernetzung von Archiv- und Museumspädagogen und -pädagoginnen mit Schulen und kommunalen Vertretern der Kultur- und Bildungspolitik sein. Konkret soll dabei erreicht werden, dass Schulen feste Partnerschaften mit Museen, Archiven und Gedenkstätten eingehen, die kommunalen Behörden eindeutige Zuständigkeiten für diese Themen schaffen und Ressourcen für Lernangebote zur Verfügung stellen. Dementsprechend richtet sich das Vernetzungsangebot an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Archiven, Museen und Gedenkstätten, an leitende Angestellte in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen und an Vertreter/innen kommunaler Kultur- und Bildungspolitik.

(2) Angebote zur Weiterqualifizierung

Die Körper-Stiftung bietet für interessierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von Museen, Gedenkstätten und Archiven Workshops zur methodischen Weiterqualifizierung in der Betreuung und Anleitung von Schülerinnen und Schülern an ihrem Lernort an. Sie sollen auf den differenzierten Umgang mit unterschiedlichen Altersgruppen und Schulformen vorbereitet werden und konkrete Anregungen für die Verwendung unterschiedlicher Quellengattungen in der Vermittlungsarbeit erhalten.

Voraussetzungen und Ansprechpartner

Teilnahmebedingungen für interessierte Kommunen sind lediglich die Benennung von Ansprechpartner/innen auf behördlicher Seite sowie deren aktive Teilnahme an den Veranstaltungen der Körber-Stiftung und ihrer Partner/innen, sowie die Vernetzung dieser Ansprechpartner/innen mit Archiv- und Museumspädagog/innen sowie Schulleiter/innen vor Ort.

Weitere Informationen sowie die Kontaktdaten zu den zuständigen Ansprechpartner/innen finden Sie auf der [Seite von Lernen vor Ort](#).

Demokratieerziehung an KZ-Gedenkstätten

Jugendarbeit und Demokratie-Erziehung an KZ-Gedenkstätten in Baden-Württemberg

Die vorliegende Publikation dokumentiert das Projekt „Jugendarbeit und Demokratieerziehung an KZ-Gedenkstätten in Baden-Württemberg“, das vom Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg Ulm (DZOK) zwischen 2008 und 2010 realisiert wurde. Im Württembergischen Landes-KZ im Fort Oberer Kuhberg waren von November 1933 bis Juli 1935 etwa 600 politische Häftlinge inhaftiert, so dass die Bildungsarbeit an diesem Ort sich auf den Übergang von einer Demokratie zur Diktatur im damaligen

Deutschen Reich konzentriert. Die Dokumentation verfolgt das Ziel, den durch das Projekt gewonnen Erfahrungsschatz des DZOK an andere Gedenkstätten weiter zu geben sowie Reflexionen zur Gedenkstättenarbeit mit praktischen Tipps zu verbinden.

Das DZOK funktioniert, wie viele Gedenkstätten, nur mithilfe der Arbeit von Ehrenamtlichen, von deren bürgerschaftlichen Engagement auch die Einrichtung der Gedenkstätte ausging. Beispielfhaft werden im ersten Kapitel verschiedene Aspekte, die in der Zusammenarbeit mit Freiwilligen von Bedeutung sind thematisiert. Das zweite Kapitel stellt die einzelnen Tätigkeitsfelder im Bereich „Jugendarbeit und Demokratieerziehung“ am DZOK vor, beginnend mit der pädagogischen Arbeit mit Schulklassen an der Gedenkstätte. Interessanter ist jedoch das zweite Unterkapitel, dass sich der Arbeit mit der Jugendgruppe der dzokkis widmet, die – pädagogisch begleitet – eine Vielzahl von Aktivitäten von der Entwicklung und Durchführung eigener Rundgänge, die jugendgerechte Öffentlichkeitsarbeit und die Organisation eigener Veranstaltungen entfaltet. Diese Gruppe stellt eine Besonderheit dar und kann anderen Gedenkstätten als Beispiel für eine intensive Einbindung von Jugendlichen in ihre Arbeit dienen.

Das dritte Unterkapitel thematisiert die unterschiedlichen Ebenen der Demokratieerziehung und weist auch auf die Gefahren hin, die eine solche Verbindung von Geschichte und Gegenwart mit sich bringen kann. Im

Projektzeitraum hat das DZOK Angebote entwickelt, die sich auf gegenwartsbezogene Menschenrechtsverletzungen und auf eine interkulturelle Gedenkstättenpädagogik beziehen. In Einklang mit der Definition des Europarates von „Demokratieerziehung“, der diese versteht als „eine Reihe von Praktiken und Aktivitäten, die jungen Menschen und Erwachsenen dabei helfen sollen, sich aktiv am demokratischen Leben zu beteiligen und ihre Rechte und Verantwortung in der Gesellschaft wahrzunehmen“ (S. 27), definiert das DZOK das Engagement von Ehrenamtlichen – und damit die Struktur des DZOK – per se als Beitrag zur Demokratieerziehung. Darüber hinaus hat das DZOK im Projektzeitraum 23 Veranstaltungen und Projekte durchführt, die sich gegen aktuelle Formen des Rechtsradikalismus, Antisemitismus und Alltagsrassismus wendeten, von denen zwei beispielhaft vorgestellt werden.

Die Broschüre schließt mit einem dritten Kapitel, in dem die besonderen strukturellen Herausforderungen für die Gedenkstätten der Kooperation und Vernetzung thematisiert werden. Am Ulmer

Beispiel werden einige gewinnbringende und lohnende Kooperationen mit Schulen und regionalen Bildungspartnern vorgestellt, die auch auf andere Städte übertragbar sind.

Alles in allem stellt die vorliegende Publikation vor allem eine mit vielen praktischen Beispielen unterfütterte Vorstellung der Arbeit in Ulm dar, die für Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter von Gedenkstätten, aber auch Pädagoginnen und Pädagogen und für andere Interessierte an der Arbeit in und mit einer Gedenkstätte Anregungen bieten kann.

Die Publikation steht auf der [Homepage der Regierungspräsidien Baden-Württemberg](#) zum Download bereit.

Demokratieerziehung und Gedenkstättenbesuche in Mecklenburg-Vorpommern

Das Bildungsministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern verabschiedete 2007 eine neue Richtlinie für die Förderung von Fahrten zu KZ-Gedenkstätten sowie zu Gedenkstätten und -orten für Opfer der jüngeren deutschen Geschichte. Demnach soll jede Schülerin und jeder Schüler mindestens einmal während seiner Schulzeit eine solche Gedenkstätte besucht haben. Anlässlich dessen gab das Ministerium eine Broschüre mit dem Titel „Demokratieerziehung und Gedenkstättenbesuche in Mecklenburg-Vorpommern“ heraus, die Lehrerinnen und Lehrer bei der Vorbereitung eines solchen Besuches unterstützen soll. Der zuständige Minister Henry Tesch betont dabei die wichtige Aufgabe, „die jungen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern für ihr künftiges Leben in der Demokratie zu erziehen und sie auch für die Gefährdungen der Demokratie zu sensibilisieren“ (S. 3). Die historische Erfahrung mit Diktaturen im 20. Jahrhundert sieht er dabei als Ausgangspunkt für die Vermittlung des besonderen Wertes von De-

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Projektvorstellung

mokratie. Die Broschüre bietet leider keine weitere Reflexion darüber, inwiefern diese Verbindung von Geschichte und Gegenwart durch die Arbeit an Gedenkstätten sinnvoll funktionieren kann, sondern ist vielmehr ein Ratgeber für Lehrerinnen und Lehrer aus Mecklenburg-Vorpommern, der für eine notwendige Vor- und Nachbereitung sensibilisieren soll und praktische Hinweise wie eine Liste mecklenburg-vorpommerscher Gedenkstätten, eine Literatur- sowie Linkliste und Erläuterungen der Richtlinie zur Förderung von Klassenfahrten zu Gedenkstätten.

Die Broschüre steht auf der [Homepage des Ministeriums](#) zum Download bereit.

Pädagogik mit beschränkter Haftung: Politische Bildung gegen Rechtsextremismus

Obwohl das vorliegende Buch von Klaus Ahlheim schon 2001 erschienen ist, hat sich die Wichtigkeit und Intensität seiner Aussagen nicht verändert. Bezüglich der aktuellen Debatte um den rechtsextremen Terror in Deutschland schreibt er zu einer Studie aus dem Jahr 1999: „Wir beklagten damals, daß rechtsextremer Terror und eine weitverbreitete fremdenfeindliche Grundstimmung öffentlich beschwiegen wurden.“ (S.5) Ahlheim kritisierte in dem Zusammenhang auch das heute noch diskutierte und von der Politik befürwortete NPD-Verbot. Die fremdenfeindliche Lage in der Mitte der Gesellschaft bleibe für ihn so aber ausgeklammert und unbeachtet. Doch für Ahlheim ist gerade dieses Umfeld die Ausgangslage in der sich Rechtsextremismus ermutigt fühle. Demnach legt er seinen Ausführungen zu Erziehung und politischer Bildung gegen Rechtsextremismus, eine Problematisierung der Fremdenfeindlichkeit in der Gesellschaft zu Grunde. Seine Überlegungen stützt der Autor auf verschiedene Studien und empfiehlt deren Ergebnisse auch als exemplarische Materialien für Unterricht und Seminar.

Definition

Das Buch beginnt mit einer theoretischen Erörterung von Ausprägungen des Rechtsextremismus und benennt diese in organisierten Gruppen und Parteien, in jugendlichen Subkulturen und drittens in der

rechtsextremen Wählerbasis und in der Bevölkerung verankerten rechtsextremen Einstellungen. Die ideologische Basis für Rechtsextremismus sieht Ahlheim in der „Ideologie der Ungleichheit“ (S.8/9), da gerade diese Denkweise den Rechtsextremismus an den weitverbreiteten Alltagsdiskurs der fremdenfeindlichen Ausgrenzung innerhalb der Mitte der Gesellschaft anbindet. Im Folgenden zeigt und beschreibt der Autor verschiedene Studien aus den 1990er Jahren zu Fremdenfeindlichkeit in Deutschland. Seine Datenbasis besteht vor allem aus der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) von 1996, welches eine langfristige Studie des GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften ist.

Chancen und Grenzen

Den Kern des Buches bildet die Vorstellung von Chancen und Grenzen der politischen Bildungsarbeit bezüglich Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Diesen Ausführungen stellt Ahlheim die enge Verknüpfung von grundlegenden, vorurteilsvollen Einstellungen mit familiären und schulischen Erziehungs- und Bildungsprozessen voran. Dabei untersucht er die Bedeutung von familiären Erziehungsstilen und die eingeschlagene Schullaufbahn für rechtsextreme Gewalt und dem Wähler/innenpotenzial der rechten Parteien. Die Schwierigkeit der politischen Bildung gegen Fremdenhass und Antisemitismus sieht der Autor in der Hartnäckigkeit von Vorurteilen, da jegliche Gegenargumente in das eigene Feindbild

eingebaut werden können. Doch gerade aufgrund des rechtsextremen Terrors sei die politische Bildung nicht vergebens, sondern immer wieder herausgefordert.

Eine realistische Perspektive sieht Ahlheim in einer aufklärenden Bildungsarbeit: „Eine politische Bildung, die durch die Vermittlung politischen Wissens eine als bedrohlich und unüberschaubar erlebte Wirklichkeit analysiert und strukturiert, die ideologiekritische Wirklichkeitsverklärungen und -verfälschungen entgegenarbeitet, macht tendenziell den Rückgriff auf Vorurteile überflüssig...“ (S.28) Dabei geht es vor allem darum, dass die Thematisierung von Rechtsextremismus, Gewalt, Vorurteilen und Fremdenfeindlichkeit ein fester Gegenstand in der Bildungsarbeit sein muss und nicht nur aufgrund von aktueller öffentlicher Empörung phasenweise bearbeitet wird. Diese politische Bildung soll laut dem Autor „Subjektorientierung, Selbstreflexion und Selbstaufklärung mit solider Wissensvermittlung [...] den Lernenden die Chance [geben] jene in einem langen Sozialisations- und Individuationsprozeß erworbenen Einstellungen und Denkmuster zu hinterfragen“. (S.29) In den beiden folgenden Kapiteln fragt der Autor nach der Substanz von politischer Bildung in der beruflichen Ausbildung und nach den gesellschaftlich-politischen Bedingungen in der sich eine Pädagogik zu Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit verorten muss.

Seit der Veröffentlichung dieses Buches sind

mehr als zehn Jahre vergangen in denen sich die politische Bildung weiterentwickelt hat, aber die Problematik der rechtsextremen Gewalt auch aktuell geblieben ist. Die vorgestellten Studien waren als Materialien für eine Diskussion über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in der Mitte der Gesellschaft gedacht. Da diese nun mehr als zehn Jahre alt sind, sollten nun aktuelle Befunde aufgearbeitet werden. Der vorliegende Band ist schlüssig aufgebaut, Ideen gebend und aufgrund seiner bleibenden Aktualität immer noch lesenswert.

Klaus Ahlheim: Pädagogik mit beschränkter Haftung: Politische Bildung gegen Rechtsextremismus. Reihe: Didaktische Diskurse. Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts. 2001. 8,60 Euro.

Unser nächstes Magazin erscheint am 18. April 2012 und trägt den Titel „Blockdenken und Kalter Krieg nach dem Zweiten Weltkrieg – Zwei deutsche Staaten zwischen Konfrontation und Entspannung“.

I M P R E S S U M

Lernen aus der Geschichte e.V.

c/o TU-Berlin

Institut für Kunstwissenschaft und Historische Urbanistik

Fachgebiet: Fachdidaktik Geschichte

FR 3-7

Franklinstr. 28/29,

10587 Berlin

<http://www.lernen-aus-der-geschichte.de>

Projektkoordination: Birgit Marzinka

Webredaktion: Ingolf Seidel, Dorothee Ahlers und Annemarie Hühne

Das mehrsprachige Webportal wird seit 2004 gefördert durch die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, Berlin. Die vorliegende Ausgabe unseres Magazins wird durch den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. gefördert.

Die Beiträge dieses Magazins können für Bildungszwecke unter Nennung der Autorin/des Autors und der Textquelle genutzt werden.